

# Die Gleichheit

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen  
Mit den Beilagen: Für unsere Mütter und Hausfrauen und Für unsere Kinder.

Die „Gleichheit“ erscheint alle vierzehn Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post vierteljährlich ohne Bestellgeld 35 Pfennig; unter Kreuzband 35 Pfennig. Jahres-Abonnement 2,60 Mark.

Stuttgart den 2. September 1907

Zuschriften an die Redaktion der „Gleichheit“ sind zu richten an Frau Clara Zeffin (Sunder), Wilhelmstraße, Post-Verlag bei Stuttgart. Die Expedition befindet sich in Stuttgart, Furtach-Straße 12.

## Inhaltsverzeichnis.

Der Internationale Sozialistische Kongress zu Stuttgart. — Die erste Internationale Konferenz sozialistischer Frauen. — Die Ausdehnung der Krankenlasterfürsorge auf die Familienangehörigen. Von Fr. Kreis. — Die weibliche Arbeitskraft in der Eisen- und Metallindustrie. IV. Von W. D. — Vom Kampfplatz um das Vereins- und Versammlungsrecht. Von Robert Koppmann.  
Aus der Bewegung: Von der Agitation. — Die dritte ordentliche Frauenkonferenz der Vertrauenspersonen des sechsten schleswig-holsteinischen Wahlkreises. — Jahresbericht der Vertrauensperson des Kreises Magdeburg und Umgebung. — Ein mißlungener Streik. — Beschluß der ersten Internationalen sozialistischen Frauenkonferenz, das Internationale Sekretariat betreffend. — Politische Rundschau. Von H. B. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Gewerkschaftliche Unterrichtskurse für Arbeiterinnen in Nürnberg. — Genossenschaftliche Rundschau. Von H. Fl.  
Kurzgefaßt: Dienstoffene. — Frauenstimmrecht. — Soziale Gesetzgebung. — Sittlichkeitsfrage.  
Feuilleton: Sonnenwende. Von Ludwig Uhland. (Gebicht.) — Das Adlernest. Von Björnsterne Björnson. — Die Sau. Von Ludwig Thoma.

## Der Internationale Sozialistische Kongress zu Stuttgart.

Noch kein internationaler sozialistischer Kongress hat so tüchtig gearbeitet und ist mit seiner Aufgabe so pünktlich fertig geworden, wie der soeben in Stuttgart abgehaltene. Meistens pflegten ein oder zwei Gegenstände, die gerade am leidenschaftlichsten die Gemüter der sozialistischen Welt erregten, den größten Teil der Kongresswoche in Anspruch zu nehmen, so daß die übrigen Punkte der Tagesordnung nur in aller Eile, zum Teil gar nicht zur Verhandlung kommen konnten. Der Stuttgarter Kongress hat seine Verhandlungen im voraus auf fünf wichtige Gegenstände beschränkt und dadurch erreicht, daß die ganze Tagesordnung gleichmäßig sorgfältig und eingehend behandelt und rechtzeitig erschöpft worden ist. Dabei weist die diesjährige Tagung der proletarischen Internationale eine so zahlreiche Beteiligung auf, wie kaum jemals vorher: nahezu 900 Vertreter des organisierten Proletariats aller Länder und Weltteile haben sich an den Beratungen beteiligt. Damit wird der vielfach vorgebrachte Einwand gegen den Massencharakter der internationalen Kongresse und ihre dadurch angeblich herabgeminderte Arbeitsfähigkeit gründlich widerlegt. Wir haben durchaus keinen Grund, dem stetig wachsenden Umfang der Beteiligung an den Kongressen mit Mißtrauen oder mit Unzufriedenheit zu begegnen und eine Einschränkung der beteiligten Kreise herbeizusehen. Daß auch eine sehr umfangreiche Menge von Teilnehmern der Tüchtigkeit und Gründlichkeit der Kongressarbeit keinen Abbruch tut, hat der Stuttgarter Kongress dargetan. Er hat aber noch ein Weiteres bewiesen: er hat wieder einmal gezeigt, daß je weitere Kreise des Klassenbewußten Proletariats zum Beraten und Bestimmen über die Mittel und Wege des Klassenkampfes berufen sind, je mehr sich die beratende Vertretung der Masse selbst nähert, einen annähernden Massencharakter annimmt: um so sicherer die Entscheidungen im Sinne und Geiste der revolutionären Sache ausfallen werden. In doppelter Weise hat sich dies in Stuttgart bewährt. Einmal haben in sämtlichen Fragen die besonderen Abweichungen einzelner sozialistischer Parteien nach der opportunistischen Seite hin durch das Zusammenwirken der Sozialisten aller Länder eine kräftige Korrektur im revolutionären Sinne erfahren. Zweitens hat auch gegenüber der Beschlusfassung seiner eigenen Kommissionen in einzelnen Fragen, so in der höchst wichtigen Kolonialfrage, der Kongress in seiner Gesamtheit mit besserer Hand in derselben revolutionären Richtung eingegriffen. So ist schließlich wieder, wie in Amsterdam vor drei Jahren, aus den Händen des proletarisch-sozialistischen Weltparlamentes ein einheitliches, kräftiges, durch und durch von klarem und scharfem prinzipiellen Charakter des wissenschaftlichen Sozialismus durchdrungenes Werk hervorgegangen.

Die fünf Gegenstände, auf die sich der Stuttgarter Kongress in seinen Verhandlungen beschränkt hat, waren:

die Kolonialpolitik, der Militarismus, das Verhältnis von Partei und Gewerkschaften, die Ein- und Auswanderung und das Frauenwahlrecht. In allen diesen Fragen kam ein Gegensatz der prinzipiellen und der opportunistischen Auffassung zum Ausdruck, und der Meinungskampf in den einzelnen Kommissionen sowie im Plenum des Kongresses war ein treues Spiegelbild des Widerstreits der verschiedenen Tendenzen, der das Innere der modernen Arbeiterbewegung in allen Ländern aufwühlt, zur Selbstkritik und zur Vertiefung der sozialistischen Auffassung führt.

In der Frage der Kolonialpolitik standen sich entgegen: die strikte prinzipielle Ablehnung jeder Kolonialpolitik, da diese mit geschichtlicher Notwendigkeit auf einen kapitalistischen Völkerraub und ein Ausbeutungs- und Herrschaftsverhältnis hinauslaufen müsse, und eine gemäßigte Auffassung, die die heutigen Kolonialgreuel lediglich als unangenehme Auswüchse bekämpfe, die Kolonialpolitik im Prinzip jedoch nicht ablehnen wollte. Dieser Auffassung nach würde die sozialistische Zukunftsgesellschaft angeblich ja auch Kolonialpolitik treiben, um zurückgebliebene Länder und Völker der Kultur und ihre Produktivkräfte der wirtschaftlichen Verwertung zu erschließen. Auf den ersten Blick mochte der Streit als einer um des Kaisers Bart erscheinen, da es in der Tat eine etwas zu weitgehende politische Voraussetzung wäre, sich heute um die auswärtige Politik der sozialistischen Gesellschaft den Kopf zu zerbrechen. Am wenigsten dürfte eine solche „Zukunftsmusik“ gerade denjenigen schwere Sorgen machen, die die sozialistische Umwälzung überhaupt nur als ein vages Nebelbild in unendlicher Ferne zu betrachten pflegen. Allein unter dieser befremdenden Sorge um ein Zukunftsproblem trat in Wirklichkeit sehr reelle Gegenwartsprobleme, nämlich die rein bürgerliche Auffassung von sogenannten „Kulturvölkern“, die zum Herrschen, und von „wildem“ Völkern, die als geschichtlicher Kulturträger für jene geschaffen worden, eine Auffassung, die der sozialistischen Anerkennung aller Kulturformen und -stadien der gesellschaftlichen Entwicklung als historisch gleichberechtigter schnurstracks zuwiderläuft. Hat doch der naivste Vertreter dieser Auffassung, der holländische Genosse Van Kol, offen ausgesprochen, wir müßten in die wilden Länder auch in Zukunft nicht bloß mit Maschinen und dergleichen Kulturwerkzeugen, sondern mit Waffen in der Hand gehen. Der Kongress hat denn auch, entgegen dem Beschluß seiner Kommission, diese Auffassung rundweg abgelehnt und kraftvoll noch einmal und hoffentlich ein für allemal ausgesprochen: es gibt keine Kolonialpolitik, außer kapitalistischer, und der Sozialismus bekämpft sie mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln und ohne alle einschränkenden und verwirrenden Klauseln.

Ein nahe verwandtes Problem hatte die Frage der Ein- und Auswanderung ausgezollt. Auch hier erstand der unbedingten Klassenolidarität der Proletarier aller Länder und Massen eine Gegnerin in der kurzfristigen Politik, die Lohninteressen organisierter Arbeiter in den Einwanderungsländern, wie Amerika und Australien, durch Einwanderungsverbote gegen rückständige, angeblich „nichtorganisationsfähige“ Proletarier aus China und Japan schützen wollte. Es sprach aus dieser letzteren Tendenz derselbe Geist der Ausschließung und des Egoismus, der die alten englischen Trade Unions als eine Arbeiteraristokratie in Gegensatz zu der großen Masse der vom Kapitalismus am brutalsten ausgebeuteten und herabgedrückten Klassengenossen gebracht hatte. Der Kongress hat hier, im Sinne und Geiste der deutschen Gewerkschaften und ihrer Praxis entsprechend, die Solidarität der Klasse als einen großen Weltbund des Proletariats aller Massen und Nationen hochgehalten, wie er in der Kolonialfrage den großen Weltbund der gleichen und verbrüdernten Menschheit aller Kulturstufen und Weltteile zum Triumph geführt hat.

Die Frage der Beziehungen zwischen Sozialdemokratie und Gewerkschaften hat am meisten die Einmütigkeit der aufgeklärten Proletarier verschiedener Länder gezeigt. Im Prinzip hat niemand mehr gegen die geschichtliche Grundtendenz des proletarischen Klassenkampfes oppo-

niert, den politischen und ökonomischen Kampf sowie beide Organisationen möglichst innig zu einer einheitlichen Macht der sozialistischen Arbeiterklasse zu gestalten. Nur der Vertreter der russischen Sozialdemokraten, Genosse Plechanow, und die Majorität der französischen Delegation suchten mit ziemlich verunglückten Argumenten die Besonderheiten ihrer respektiven Länder gegen dieses Prinzip als einschränkende Rücksichtsmomente ins Feld zu führen. Die überwältigende Majorität des Kongresses stellte sich auf die Seite der unumwundenen Politik der Einigkeit zwischen Sozialdemokratie und Gewerkschaften, und zwar durch Annahme einer Resolution, die den Nachdruck zweifellos auf die Ablehnung aller zünftigen, engbrüstigen Nurgewerkschafterei, auf die wiederholt und ausführlich dargelegte Notwendigkeit legt, den Gewerkschaftskampf mit dem Geiste des Sozialismus zu füllen und ihn dem großen revolutionären Befreiungskampf des Proletariats organisch einzugliedern.

Die Frage des Militarismus stellte nicht mehr das Problem des Was, sondern nur noch des Wie vor dem internationalen Sozialismus auf. Der unermüdete Kampf gegen den bittersten, wildesten Feind der Arbeiterklasse, den kapitalistischen Militarismus, ist kein Problem mehr und keine Frage für das aufgeklärte Proletariat. Es galt nur noch, positiv dessen bereits erreichte Macht und Entschlossenheit zum Ausdruck zu bringen, sich den verbrecherischen Völkernorden, den Kriegen zu widersetzen. Und auch hier siegte schließlich die revolutionäre Tatkraft und das männliche Vertrauen der Arbeiterklasse auf die eigene Aktionsfähigkeit über das pessimistische Evangelium der eigenen Ohnmacht und des starren Festhaltens an alten, ausschließlich parlamentarischen Kampfmethoden, ebenso wie auch nach der anderen Seite über den simplen antimilitaristischen Sport der französischen Galbanarchisten à la Hervé. Die am letzten Ende von der Kommission wie von den 900 sozialistischen Delegierten aller Länder einstimmig angenommene Resolution spricht in kraftvollen Worten den enormen Aufschwung der revolutionären Arbeiterbewegung seit dem letzten internationalen Kongress aus, und stellt als Grundgesetz der proletarischen Taktik ihre Veränderlichkeit, ihre Entwicklungsfähigkeit, ihre Zuspitzung mit dem Reifen der Verhältnisse auf. Sie ruft die Arbeiterparteien zur Organisation und zur Erziehung ihrer Jugend im Geiste der Völkerverbrüderung und der Klassenpflichten auf, zur Erziehung der jungen Proletarier zu Kämpfern für den Sozialismus und zu Todfeinden des Militarismus. Mit der Resolution über den Militarismus hat der Stuttgarter Kongress von der russischen Revolution und ihren Lehren an das internationale Proletariat offiziell Akt genommen.

Endlich hat auch in der Frage des Frauenwahlrechts der prinzipielle scharfe Klassenstandpunkt, der das Frauenwahlrecht nur als einen organischen Teil der Klassenrechte und der Klassensache des Proletariats betrachtet, über die opportunistische bürgerliche Auffassung gesiegt, die ein verkrüppeltes beschränktes Frauenwahlrecht als Abschlagszahlung den herrschenden Klassen abzuhandeln hoffte. Gleichzeitig hat der Kongress — auch in dieser Beziehung den Beschluß der Internationalen Frauenkonferenz bestätigend — unzweideutig ausgesprochen, daß die sozialistischen Parteien in ihren Wahlrechtskämpfen die grundsätzliche Forderung des Frauenwahlrechts ohne Rücksicht auf „Zweckmäßigkeitsgründe“ erheben und vertreten müssen.

So hat der Stuttgarter Kongress ein großes und ein gediegenes Werk geleistet. Wie sein Vorgänger, der Amsterdamer Kongress, hat er die Fahne des revolutionären Klassenkampfes mit kräftiger Faust wieder hoch auf der internationalen Plattform der Arbeiterbewegung aufgespannt.

Nur ein Unterschied — ein schmerzlicher — springt in die Augen bei dem Vergleich der beiden letzten Kongresse der Internationale. In Amsterdam siegte die grundsätzliche Auffassung des Sozialismus vorwiegend dank der deutschen Delegation und mit den Deutschen. In Stuttgart — vielfach gegen die Deutschen. In Amsterdam war es die Dresdener Resolution, die das

revolutionäre Leitmotiv der Verhandlungen des proletarischen Weltparlamentes bildete, in Stuttgart waren die Reden Vollmars in der Militärkommission, Paeplovs in der Einwanderungskommission, Davids in der Kolonialkommission peinliche opportunistische Mißtöne des Kongresses. In den meisten Fragen und Kommissionen waren die Vertreter Deutschlands diesmal die Wortführer des Opportunismus.

Dadurch hat sich aber die Vertretung der deutschen Arbeiterklasse gerade auf dem ersten auf deutschem Boden abgehaltenen Kongreß der Internationale der geistigen Führerschaft einschlagen. Und so enthält der Stuttgarter Kongreß eine bittere, aber fruchtbare und schätzenswerte Lehre für uns Deutsche: die Vertreter des Proletariats aller Länder sind zu uns ins Land gekommen, um uns zu sagen, daß eine Partei nur insofern und nur so lange Anspruch auf die Führerschaft, auf die Rolle der Vorhut des Weltproletariats erheben darf, als sie auch in ihrer Auffassung die entschlossenste, prinzipienfesteste Kampfmethodik vertritt. Nicht durch die reichsten Klassen, nicht durch die zahlreichsten Wählermassen, nicht durch die stärksten Organisationen allein, so hochwichtig diese sind, behält man die Stellung des Vordertrupps im internationalen Sozialismus: die klarste, revolutionärste Position im großen Meinungskampf der Gegenwart gehört unbedingt auch dazu.

Die deutsche Arbeiterbewegung hat nun im eigenen Lande die Größe, die gewaltige moralische Macht der sozialistischen Internationale aus nächster Nähe kennen gelernt. Mag sie diesmal als Schülerin die vollen Lehren aus dem Stuttgarter Kongreß schöpfen, um auf dem nächsten Kongreß wieder das alte Banner als Führerin machtvoll zu erheben.

### Die erste Internationale Konferenz sozialistischer Frauen.

Nicht ohne eine gewisse Beforgnis hatten wir der ersten Internationalen Konferenz sozialistischer Frauen entgegengesehen, mit herzlicher Befriedigung können wir auf sie zurückblicken. Sie hat reichlich erfüllt, was wir von ihr wünschten, und was sie leisten konnte. Die Konferenz war ein erster Versuch, die sozialistische Frauenbewegung aller Länder zusammenzufassen und entsprechend dem einen Ziel, das sie überall erstrebt, geschlossen in Reich und Glied der großen sozialistischen Internationale zu stellen.

Ein solcher Versuch ist an und für sich schwer, weil die sozialistische Frauenbewegung in allen Ländern ein Teil der allgemeinen revolutionären Arbeiterbewegung ist, zugleich aber doch ein besonderer Teil derselben. Sie hat im Rahmen des allgemeinen politischen und wirtschaftlichen Klassenkampfes des Proletariats bestimmte Sonderaufgaben zu erfüllen und bedarf daher ihrer eigenen Organe und einer gewissen Selbstständigkeit und Bewegungsfreiheit, die doch nie quertreibend und störend, sondern nur die Kräfte einigend und ihre Wirksamkeit steigend zum Ausdruck kommen darf. Davon abgesehen ist die sozialistische Frauenbewegung wie die sozialistische Bewegung überhaupt in den einzelnen Ländern unter den verschiedenartigsten geschichtlichen Bedingungen emporgewachsen. Ihre äußere und innere Entwicklung spiegelt zum Teil auch den Grad der Einheitlichkeit, Kraft und Reife wieder, den der allgemeine Klassenkampf des Proletariats bei den verschiedenen Nationen erreicht hat, und die Tüchtigkeit, die ihm das charakteristische Gepräge geben. In manchen Ländern — so in Deutschland, Österreich, Böhmen und Ungarn — muß sich die sozialistische Frauenbewegung außerdem gegen die Hindernisse durchsetzen, welche Gesetzgebung und Schulung des Proletariats, sei es der Organisierung und Schulung des weiblichen Geschlechts entgegenwirken. So stellt die sozialistische Frauenbewegung der verschiedenen Länder nicht bloß eine bunte Musterkarte von Organisationsformen dar, sondern auch von Entwicklungsstufen der prinzipiellen Klarheit und praktischen Aktionsfähigkeit. Ob trotz der reichen Mannigfaltigkeit des sich regenden und wirbelnden Lebens die Einheitlichkeit des grundsätzlichen Erfassens unserer Aufgabe als sozialistischer Kämpferinnen bereits groß und fest gewurzelt genug sei, um eine dauernde Verbindung zwischen den Bewegungen der verschiedenen Länder anzubahnen und damit die Voraussetzung eines einheitlichen planmäßigen Vorgehens in der Zukunft; das war die Frage, auf welche die Stuttgarter Konferenz eine Antwort geben sollte.

Gelegentlich des Internationalen sozialistischen Kongresses zu London 1897 hatten die deutschen Genossinnen sich angelegen sein lassen, durch eine Besprechung aller weiblichen Delegierten, die an ihm teilnahmen, eine gewisse Fühlung zwischen den Sozialistinnen der einzelnen Länder herbeizuführen. Die dahin zielenden Bemühungen waren jedoch erfolglos geblieben. Mit Ausnahme der Beziehungen, welche sich erfreulicherweise zwischen der sozialistischen Frauenbewegung Österreichs und Deutschlands geknüpft haben, und der noch sehr losen Fühlung, die sich zwischen der letzteren und den Schwesterbewegungen in Belgien, Holland, Finnland und der Schweiz herauszubilden begann, war die internationale Verbindung zwischen den Genossinnen der verschiedenen Nationen gleich Null. Als die deutschen Genossinnen, dem Wunsche ausländischer Sozialistinnen folgend, die Initiative zur Einberufung der ersten Internationalen Konferenz sozialistischer Frauen ergriffen, standen sie dem Unbekannten gegenüber.

Sie mußten damit rechnen, daß die geringe Beteiligung an der einberufenen Tagung und der Verlauf ihrer Beratungen der Konferenz einen lediglich vorbereitenden Charakter verleihen könnte. Daher der durch die Umstände durchaus gerechtfertigte Beschluß, in geschlossenen Sitzungen zu tagen, zu denen nur legitimierte Genossinnen und Genossen Zutritt haben sollten, und von denen die bürgerliche Presse ausgeschlossen war. Daß die Blätter der herrschenden Klassen diesen Beschluß bekritteln und begeistern, kann die deutschen Genossinnen sehr kühl lassen, welche für den Erfolg der Konferenz verantwortlich waren. Sie vergaßen nicht, daß die bürgerliche Presse das Werkzeug ihrer Feinde ist, und ebenso über die Konferenz herfallen würde, wenn ihre sämtlichen Schmocks zu ihr Zutritt gehabt hätten. Auf alle Fälle sind wir besser gefahren, daß sie wütend über die Nichtöffentlichkeit einer erfolgreichen Tagung leift, als wenn sie unter Umständen Erfolg gehabt hätte, über die öffentliche Inszenierung einer mißlungenen Konferenz zu höhnen.

Tatsächlich herrschte fast bis zur Stunde der Eröffnung der Tagung Unklarheit darüber, ob ihr Stattfinden durch ihre Bedeutung begründet sein würde. Die weitans meisten ausländischen Delegierten meldeten sich erst kurz vor dem Zusammentritt der Konferenz an. Und da auch die erbetenen schriftlichen Berichte zum großen Teil so spät einliefen, daß nicht einmal alle mehr rechtzeitig auch nur in deutscher Sprache gedruckt werden konnten, oder auch ganz ausblieben: fehlte von vornherein ein sicherer Überblick über den Umfang der Beteiligung an der Konferenz, wie über den Charakter und Stand der Organisationen, die sich auf ihr vertreten ließen. Es liegt in der Folge auf der Hand, daß die äußere Gestaltung der Konferenz mancherlei Mängel aufwies, die in der aufgezeigten Situation begründet waren, und die jeder Tagung anhaften, welche auf noch ungenügend geklärten Terrain eine bestimmte Gruppe sozialistischer Arbeiterinnen und Kämpfer zum erstmalig international zusammenfassen soll.

Zieht man das alles in Betracht, so muß man die Arbeit und den Erfolg der Konferenz als um so bedeutsamer bewerten. Die Zahl der vertretenen Länder und der Verlauf der Verhandlungen haben geradezu glänzend die Annahme bestätigt, daß die sozialistische Frauenbewegung der verschiedenen Länder, die aus den gleichen Ursachen geboren wird und mit Notwendigkeit das gleiche Ziel verfolgt, nach Verständigung und einer gewissen Einheitlichkeit der Aktion streben muß. An der Konferenz nahmen 15 verschiedene Nationalitäten durch insgesamt 59 Delegierte teil, die sich wie folgt auf die einzelnen Länder verteilten: England 19, Deutschland 16, Österreich 7, Ungarn 3, Frankreich 3, Böhmen 2, Belgien, Holland, Schweiz, Italien, Schweden, Norwegen, Finnland, Rußland (die lettischen Genossinnen der Provinz Estland) und Vereinigte Staaten je 1. Dazu kamen noch 8 Gäste, welche im Auftrage von Organisationen in Rußland der Konferenz beiwohnten. Es waren dies die Vertreterinnen des jüdischen Frauenbundes, der Petersburger Sozialdemokratie und der organisierten Weberinnen von Lodz. Als Gast ohne Mandat war noch Mrs. Cama, eine Indierin aus Bombay, anwesend. Daß keine Delegierte sozialistischer Frauen- oder Arbeiterinnenorganisationen aus Dänemark an der Konferenz teilnahm, bedauern wir sehr. Diese vereinigte in der Hauptsache die Vertreterinnen der ausgesprochen sozialistischen Frauenbewegung in den einzelnen Ländern, die in der verschiedensten Form den betreffenden sozialistischen Parteien eingegliedert ist; neben ihnen fehlte es jedoch erfreulicherweise nicht an Delegierten von Gewerkschaftsorganisationen. So vertrat Genossin Boshel-Wien die österreichische Gewerkschaftskommission, Genossin Haas-Bern hatte nicht bloß vom Arbeiterinnenverband, sondern auch von dem Gewerkschaftsbund der Schweiz ein Mandat erhalten, die englische Women's Labour League (Liga für die Interessen der Frauenarbeit) hatte drei Delegierte entsendet, unsere Genossinnen Ihrer und Thiede waren von Gewerkschaften delegiert und Genossin Parssinen-Wiborg, Abgeordnete des finnischen Landtags, kam als Vertreterin des sozialdemokratischen Verbandes der Proletarierinnen, dem auch Fachvereine von Arbeiterinnen angehören.

Was wir weiter oben angeführt haben, erklärt, daß und warum die Berichte über die sozialistische Frauenbewegung in den verschiedenen Ländern einen verhältnismäßig breiten Raum in den Konferenzverhandlungen einnahmen und einnehmen mußten. Sie brachten die nötige Klarstellung über Charakter und Ziel der vertretenen Organisationen, sie zeigten die Mittel und Wege, die sie zum Ziele führen sollen, sie gaben ein Bild von ihrem Leben und Weben, das anregend und fördernd auf die Arbeit unserer Genossinnen in allen Ländern zurückwirken wird. Der hervorstechendste Zug dieses Bildes war die Einheitlichkeit des Zieles, dem die sozialistischen Frauen aller Länder zustreben, und der Aufgaben, die daraus für sie erwachsen. Die sozialistische Gesellschaft wollen sie alle vorbereiten, und darum haben sie alle den Kampf gegen die kapitalistische Ordnung und die von ihr erzeugten Übel aufgenommen. Aufklärung der Frauen des werktätigen Volkes, ihre Erziehung zu überzeugten Sozialdemokratinnen, ihre Zusammenschaffung und Organisierung zum Zwecke zielklarer Beteiligung am Befreiungskampfe ihrer Klasse ist darum die Hauptaufgabe, der sie sich widmen. Um sie erfolgreich zu lösen, müssen sie neben ihrer Erziehungsarbeit und in Verbindung mit ihr den Kampf aufnehmen zum Schutze der ausgebeuteten Proletarierinnen gegen die unerfättliche strupellose Raffgier des Kapitals und zur Eroberung ihres Bürgerrechtes, das sie besser rüsten, sich selbst gegen diese Ausbeutung zu wehren und die Ordnung der Auswucherung des Menschen durch den Menschen zu überwinden. Aber auf dem Grunde dieser Einheitlichkeit tritt die reichste Mannigfaltigkeit zutage betreffs der angewendeten Methoden und Mittel. Und

wenn die Einheitlichkeit der Grundauffassung, welche die Konferenz erwies, geeignet ist, die Genossinnen aller Nationen bei ihrem oft müherreichen Werk zu stärken und zu erheben, so wird die Kenntnis von der Verschiedenartigkeit der in den einzelnen Ländern erprobten Mittel und Wege der Arbeit dazu beitragen, ihre praktische Tätigkeit zu bereichern und immer vielseitiger zu gestalten.

Die ausgiebige Berichterstattung hatte den Boden bereitet für eine rasche und glatte Erledigung des zweiten Punktes der Tagesordnung: Schaffung regelmäßiger Beziehungen zwischen den organisierten Genossinnen der einzelnen Länder. Die deutschen Genossinnen ließen dazu durch Genossin Zetkin die Einsetzung eines internationalen Sekretariats in Vorschlag bringen. Als Zentralstelle sollte dieses regelmäßige Berichte von beauftragten Korrespondentinnen der Genossinnen aus allen Ländern empfangen, veröffentlicht und allen angeschlossenen Organisationen beziehungsweise der Parteipresse zum Zwecke der Veröffentlichung zustellen. Der Vorschlag wurde im Verlauf der Beratungen von den Genossinnen Ihrer und Zieh dahin ergänzt, bis zur nächsten Internationalen Frauenkonferenz der Redaktion der „Gleichheit“ die Aufgabe dieser Zentrale zu übertragen, da sie von allen Organen der sozialistischen Frauenbewegung die größte Verbreitung in den verschiedenen Ländern habe und auch bereits durch ausländische Mitarbeiterinnen in Verbindung mit der sozialistischen Frauenbewegung außerhalb Deutschlands stehe. Ein Antrag der österreichischen Genossinnen suchte das angestrebte Ziel auf anderem Wege zu erreichen. Er unterschied sich von dem deutschen Vorschlag dadurch, daß er von der Schaffung einer Zentrale absah und nur forderte, „daß innerhalb jeder nationalen Partei eine Frau beauftragt werden soll, regelmäßig kurz gefaßte Berichte über die Arbeiterinnenbewegung ihres Landes an die führenden Parteiblätter des Auslandes zu versenden“. Genossin Haas-Bern brachte einen Antrag ein, welcher in den entscheidenden Sätzen besagte, daß das internationale Sekretariat die eingehenden Berichte zu einer internationalen Übersicht zusammenzufassen, in den drei Kongresssprachen ausarbeiten und in einer gewünschten Anzahl von Exemplaren den korrespondierenden Organisationen zuzusenden habe, die dann ihrerseits für die Veröffentlichung in den Parteiblättern ihres Landes sorgen müßten. Der Antrag wurde damit begründet, daß die „Gleichheit“ als internationales Publikationsorgan nicht genügen könne wegen der Verschiedenartigkeit der Organisationen, die mit der Zentrale in Verbindung treten würden. Schließlich stellte noch Genossin Pelletier-Paris einen Antrag, der sich im wesentlichen mit dem Vorschlag der deutschen Genossinnen deckte, aber außerdem forderte, die Genossinnen sollten durch besondere Delegierte im Internationalen Sozialistischen Bureau zu Brüssel vertreten sein. Der Gedanke, die sozialistische Frauenbewegung der einzelnen Länder an dieses Bureau anzugliedern, war von mehreren Genossinnen in der Debatte aufgeworfen worden. Genossin Luxemburg wendete gegen ihn ein, daß er auf irrigen Vorstellungen von Charakter und Wirken des Internationalen Bureaus beruhe. Ein künstlicher Mittelpunkt einer Bewegung lasse sich nicht schaffen. Zum Mittelpunkt der Beziehungen zwischen den Genossinnen verschiedener Länder könne nur eine Stelle werden, die in lebendiger Fühlung mit der internationalen Bewegung stehe.

Die Debatte kam bald zum Abschluß, nachdem Genossin Zetkin dargelegt hatte, daß die Verwirklichung der Forderungen, welche von österreichischer und schweizerischer Seite ganz richtig erhoben worden, in dem Vorschlag der deutschen Genossinnen einbegriffen sei, als selbstverständliche Voraussetzungen für die Tätigkeit einer internationalen Zentrale. Die eingebrachten Anträge wurden daraufhin insgesamt zurückgezogen. Einstimmig gelangte der Vorschlag der deutschen Genossinnen zur Annahme, den Genossin Zieh in einem Antrag formuliert hatte, den unsere Leserinnen an anderer Stelle finden. In den nächsten zwei Monaten sollen alle an der Konferenz beteiligten Organisationen ihre internationale Korrespondentin ernennen. Einer Anregung der Genossin Zetkin folgend, sprach sich die Konferenz noch dafür aus, auch die Abhaltung von Internationalen sozialistischen Frauenkonferenzen unter die Mittel aufzunehmen, regelmäßige Verbindungen und Verständigung über schwebende Fragen zwischen den organisierten Genossinnen der verschiedenen Länder herbeizuführen. Allgemeine Zustimmung fand der weitere Vorschlag, die nächste Internationale Konferenz womöglich wieder im Anschluß an den nächsten allgemeinen Internationalen sozialistischen Kongreß stattfinden zu lassen.

Die Verhandlungen der Konferenz über das Frauenstimmrecht waren lebhaft und zeigten bei aller Einmütigkeit der grundsätzlichen Auffassung doch auseinandergehende Meinungen, den Kampf für die Umsetzung der prinzipiellen Forderung in die Praxis betreffend. Wir haben bereits in letzter Nummer die Resolution der deutschen Genossinnen mitgeteilt. Ihr Zweck war ein doppelter. Die Resolution sollte den Sozialistinnen aller Länder den scharfen grundsätzlichen Gegensatz zum Verzichtsein bringen, der in reinlicher Scheidung ihren Kampf für das Frauenwahlrecht von der bürgerlichen Frauenbewegung trennt, und dadurch feste prinzipielle und taktische Richtlinien für diesen Kampf zieht. Andererseits aber wollte sie auch die sozialistischen Parteien aller Länder verpflichten, über die prinzipielle Forderung der politischen Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts hinauszugehen und das Frauenwahlrecht als einen grundsätzlichen wie praktisch gleich bedeutsamen Teil ihres Wahlrechtsprogramms in allen ihren Wahlrechtskämpfen zu fordern und zu vertreten.

Es war von vornherein klar, daß diese Resolution von zwei Seiten her auf Widerstand stoßen mußte. In England

ist ein Teil der Sozialistinnen nicht völlig frei von bürgerlich frauenrechtlerischen Gedankengängen und daher auch in dem Kampf für die politische Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts taktisch nicht scharf von der bürgerlichen Frauenbewegung geschieden. Es würde zu weit führen, im Rahmen dieses Artikels das geschichtliche Warum zu erörtern, das diese Tatsache erklärt. Es fehlt in England nicht an Genossinnen, die aus der besten Überzeugung heraus, der Befreiung ihres Geschlechts und den Interessen des Proletariats zu dienen, mit den bürgerlichen Frauenrechtlerinnen zusammen für ein beschränktes Frauenwahlrecht im Felde stehen. Und in ihrem Ringen für dieses Recht — das sie als den nötigen ersten Schritt zur politischen Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts in Prinzip und Praxis bewerten — haben sie, wie manche bürgerliche Frauenrechtlerinnen, ja in weit höherem Maße als die meisten von diesen bewundernswürdige Energie und Opferfreudigkeit betätigt. Ihre Mäßigkeit ist zusammen mit anderen Umständen noch ausschlaggebend dafür gewesen, daß die sozialistische „Unabhängige Arbeiterpartei“ sich auf zwei Jahreskongressen für die Unterstützung der Anträge auf Einführung eines beschränkten Frauenwahlrechts erklärt hat, im Gegensatz zu der „Sozialdemokratischen Föderation“ und der neugegründeten „Arbeiterpartei“, die beide das beschränkte Frauenwahlrecht verwerfen und das allgemeine Wahlrecht aller Volljährigen ohne Unterschied des Geschlechts fordern. Unter diesen Umständen war vorauszusetzen, daß ein Teil der englischen Delegierten eine Resolution zurückweisen würde, welche das beschränkte Frauenwahlrecht ausdrücklich und in schärfster Form zurückwies und die Genossinnen aus der Bundesgenossenschaft der bürgerlichen Frauenrechtlerinnen löste. Vertreterinnen der „Unabhängigen Arbeiterpartei“ und der Women's Labour League (Liga für die Interessen der Frauenarbeit) brachten denn auch einen Antrag ein, nach welchem die Konferenz „die Taktik des Kampfes für das Frauenwahlrecht den sozialistischen Organisationen der einzelnen Länder überläßt“.

Auf der anderen Seite war es naheliegend genug, daß die österreichischen Genossinnen Einspruch gegen den entscheidenden Absatz der Resolution erhoben, welcher die sozialistischen Parteien aller Länder verpflichten sollte, ihre Wahlrechtskämpfe auch als Kämpfe für das Frauenwahlrecht zu führen. Ihre Stellungnahme dazu wurde durch die Taktik bedingt, welche die österreichische Sozialdemokratie in ihrem letzten großen Kampfe für das allgemeine Männerwahlrecht befolgt hatte, eine Taktik, mit der wir uns an dieser Stelle schon eingehend auseinandergesetzt haben. Die österreichischen Genossinnen sahen in dem strittigen Passus der Resolution weniger das, was er sein sollte: einen Wegweiser für die Zukunft, als vielmehr eine schulmeisternde Beurteilung ihrer Haltung in einem außerordentlich schwierigen und bedeutsamen Kampfe, in dem sie die höchsten Bürgertugenden bewiesen hatten. Sie stellten daher der deutschen Resolution eine andere entgegen, deren wichtigste Sätze lauteten: „Die Konferenz erklärt eine erhöhte Propaganda für die politische Gleichberechtigung der Geschlechter in den Kreisen der Arbeiterschaft für unaufschiebbar und beauftragt die Bruderparteien, bei jedem sich bietenden Anlaß, insbesondere während jeder Bewegung zur Ausdehnung des Wahlrechts mit der Forderung nach dem Frauenstimmrecht energischer vorzugehen. Obwohl es den Parteiorganisationen der einzelnen Staaten überlassen bleiben muß, den Augenblick und die Methode zu bestimmen, in welchem und mit der der Kampf mit Erfolg aufgenommen werden kann, erklärt es die Konferenz für eine Pflicht aller Parteiorganisationen, keine Unterbrechung in dem Wahlrechtskampfe eintreten zu lassen, bis wirklich das allgemeine Wahlrecht für Männer und Frauen errungen ist.“

Dem englischen und dem österreichischen Antrag war also bei allen sonstigen Unterschieden ein Zug gemeinsam: die Ablehnung einer festen Bindung der sozialistischen Parteien, bei Wahlrechtskämpfen auch für die Einführung des Frauenwahlrechts zu kämpfen. Diese Bindung aber, die grundsätzliche Forderung nicht kampfslos Zweckmäßigkeitsrücksichten zu opfern, schien den deutschen Genossinnen gerade als der notwendige Fortschritt, den die sozialistischen Parteien über die prinzipielle Anerkennung des Frauenwahlrechts hinaus tun müssen. Die überaus große Mehrheit der Delegierten war — wie Diskussion und Abstimmung erwies — darin mit ihnen einer Meinung. Die deutsche Resolution wurde von Genossin Zetlin in grundsätzlichen Ausführungen begründet. Für die Auffassung der österreichischen Genossinnen traten die Genossinnen Schlesinger und Popp in hinreißenden Schilderungen des glänzenden Kampfes ein, in dem das österreichische Proletariat die Wahlrechtsreform eroberte. Die Schlussfolgerungen, die sie daraus auf die allgemeine Taktik des Kampfes für das Frauenwahlrecht ableiteten, wurden von Genossin Biez in einer ungemein eindrucksvollen Rede zurückgewiesen, welche die Bedeutung des österreichischen Wahlrechtskampfes und die Haltung der Genossinnen in ihm gebührend würdigte. Genossin Macmillan hob zur Verteidigung des englischen Antrags die großen persönlichen Opfer hervor, die in England viele Frauen unter Betätigung der hervorragendsten Charaktereigenschaften im Kampfe für das beschränkte Frauenwahlrecht gebracht haben. Sie machte geltend, daß das höhere Ziel dieses Kampfes sei, das Prinzip der gesetzlich festgelegten politischen Rechtfertigung des weiblichen Geschlechts aufzuheben. Ihr antwortete im Namen der Sozialdemokratischen Föderation Genosse Burrows mit ebenso feuriger als logisch überzeugender Beredsamkeit. Er wies nach, daß das beschränkte Frauenwahlrecht nur den weiblichen Besitz, nicht das weibliche Geschlecht emancipiere, und erinnerte daran, daß die Arbeiterpartei wie die meisten englischen Gewerkschaften dieses Privileg der besitzenden Klassen ablehnen. Scharf betonte er außerdem, daß es

gerade eine der wichtigsten Aufgaben einer internationalen Tagung sei, allgemeine grundsätzliche Richtlinien für die Aktion der sozialistischen Frauenbewegung in den einzelnen Ländern zu ziehen. Für die deutsche Resolution traten noch die Genossinnen Ihrer, Eszsi, Kollontaj, Parssinen, Montefiore, Pelletier und Genosse Shaw warm ein. Genossin Grünbergs Vorschlag, die drei Resolutionen beziehungsweise Anträge einer Kommission zur Bearbeitung zu überweisen, erhielt nur drei Stimmen. Nachdem der englische und der österreichische Antrag zurückgezogen worden, gelangte die deutsche Resolution mit 47 gegen 11 Stimmen zur Annahme. Gegen sie stimmten außer den österreichischen Genossinnen einige englische Delegierte und die Vertreterin der schweizerischen Organisationen.

Damit waren die wichtigsten Aufgaben der Konferenz erledigt. Drei noch vorliegende Resolutionen wurden dem Bureau zur Berücksichtigung für die Tagesordnung der nächsten Konferenz überwiesen. Zwei dieser Resolutionen wurden von der Women's Labour League eingebracht und beziehen sich auf die Pflege internationalen Solidaritätsgefühls, beziehungsweise die Erweckung antimilitaristischer Gesinnung und die Schaffung gesetzlicher Fürsorge für unermittelte Mütter und Säuglinge. Die dritte Resolution war von Genossin Jaas-Vern vorgelegt worden und forderte eine Stellungnahme der Konferenz zum Boykott und gewerkschaftlichen Label (Schuhmarke).

Die erste Internationale sozialistische Frauenkonferenz bedeutet unstreitig einen großen Erfolg, und das nicht nur in äußerer Beziehung. Sie hat die sozialistische Frauenbewegung aller Länder in einer wichtigen Frage auf den Boden einer scharf abgegrenzten grundsätzlichen Auffassung gestellt, ihrer einschlägigen Aktion feste Richtlinien vorgezeichnet, welche die Wucht des Kampfes erhöhen und seinen Sieg vorbereiten. Daß dies nicht einstimmig, sondern gegen das Widerstreben einer kleinen Zahl Delegierter geschah, ist gewiß bedauerlich, muß aber in den Kauf genommen werden, als die unvermeidliche Begleiterscheinung aller internationalen Tagungen, auf denen sich der Wille zu dem nötig gewordenen einheitlichen Vorwärtsschreiten gegen eine bisher in einzelnen Ländern geübte Taktik durchsetzt. Und das Bedauern über diese Tatsache wird durch das Bewußtsein gemildert, daß die Vertreterinnen verschiedener Meinungen nicht als Sieger und Besiegte auseinandergegangen sind, sondern als treue Kampfesgenossinnen, die mit der gleichen Hingabe und Leidenschaft für das eine große sozialistische Endziel wirken und von dem Gefühl internationaler Solidarität tief durchdrungen sind. Von großer Bedeutung für die Entwicklung der sozialistischen Frauenbewegung in allen Ländern ist auch der erste Schritt, den die Konferenz zu ihrer festeren internationalen Verbindung getan hat. Mit der regelmäßigen Information wächst auch die Möglichkeit, in strittigen Fragen von Anfang an eine allgemeine Verständigung, Einheitlichkeit der Auffassung und Aktion und damit wechselseitige Unterstützung herbeizuführen. Die Zentrale ist bis zur nächsten Internationalen Frauenkonferenz nach Deutschland verlegt worden. Die deutschen Genossinnen werden sich der Ehre würdig erweisen, indem sie mit ganzer Seele für die wachsende Klarheit, Reife und Kraft ihrer Bewegung tätig sind.

Was die Konferenz in drei ausgedehnten Sitzungen geleistet hat, konnte sie nur dank der außerordentlich großen Arbeitsfreudigkeit, Hingabe und Begeisterung aller Delegierten leisten. Und wenn wir in diesem Zusammenhang der Tätigkeit einer Delegierten besonders gedenken, so wird das jedermann gerechtfertigt finden, welcher der Konferenz beizuohnte. Wir meinen das Verdienst, das sich Genossin Valabanoff als unermüdbliche, verständnisvolle Übersetzerin um den guten Verlauf der Verhandlungen erworben hat. So ist nicht bloß das Was, sondern auch das Wie der Konferenzarbeiten ein hoffnungsvolles Zeichen für die gesunde Entwicklung der internationalen sozialistischen Frauenbewegung. Wir sind überzeugt, die zweite Internationale Konferenz sozialistischer Frauen wird diese Hoffnungen als erfüllt erweisen.

## Die Ausdehnung der Krankenkassenfürsorge auf die Familienangehörigen.

Die Sozialdemokratie ist nicht, wie ihre Gegner fortgesetzt behaupten, eine Feindin der Sozialreform, sondern die positivste Förderin derselben. Deshalb drängt sie auch fortgesetzt auf den Ausbau der Einrichtungen, die dem Schutze der Arbeiter dienen sollen. Ganz besonders hat sie sich von jeher die Ausgestaltung der Arbeiterversicherung angelegen sein lassen. Bei der Beratung der einschlägigen Gesetze im Reichstag wurden von ihr fast zu jedem Paragraphen Verbesserungsvorschläge gestellt, welche die Vertreter der bürgerlichen Parteien indes ebenso regelmäßig ablehnten. Letztere tragen daher die Verantwortung dafür, daß die betreffenden Gesetze in so hohem Grade verbesserungsbedürftig sind. Aber auch außerhalb des Reichstags ist die Sozialdemokratie stets für die Errichtung größerer Leistungsfähigkeit der Arbeiterversicherung eingetreten. Soweit die einzelnen Träger der Versicherung, wie die Krankenkassen und Versicherungsanstalten, über die gesetzlichen Mindestleistungen hinausgegangen sind, ist das fast immer auf die Anregung der politischen oder gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft zurückzuführen. Und wenn sich eine Anzahl Ortskrankenkassen zu wahren Musteranstalten herausgebildet haben, so ist das lediglich der Tätigkeit der sozialdemokratisch fühlenden Arbeiterschaft zu danken.

Von allen Erweiterungen der Krankenkassenleistungen, wie sie bei den bestehenden Gesetzen denkbar sind oder doch durch Gesetzesänderungen möglich gemacht werden können, ist die wichtigste die Einführung der Familienunterstützung. Daß dahingehende Anregungen und Vorschläge

in Arbeiterkreisen stets Verständnis finden werden, bedingt schon die soziale Lage des Proletariats. In Wirklichkeit ist es ja auch das Ideal aller Krankenversicherung, daß ihre Leistungen nicht nur dem Familienoberhaupt teilschaftig werden, sondern auch allen denen, für die der Vater oder die Mutter zu sorgen haben. Die Einführung der Familienfürsorge bedeutet also weiter nichts, als einen Ausbau und eine Durchdringung der Zeit gebotene Vertiefung der bisherigen Krankenversicherung.

Überall dort, wo die Familienfürsorge eingeführt wurde, hat sie sich als eine äußerst wohlthätige Einrichtung erwiesen. Man braucht sich nur zu vergegenwärtigen, wie leicht in den Kreisen der arbeitenden Bevölkerung infolge schlechter Wohnungsverhältnisse, mangelhafter Ernährung, ungenügender Kleidung und — nicht zuletzt! — durch Überanstrengung auch bei Familienmitgliedern Krankheitsfälle eintreten. Da ist es dann oft schwer, wenn nicht unmöglich, die nötigsten Kosten für Arzt, Heilmittel usw. aufzubringen, und wenn wirklich einige vom Munde abgedarrte Spargroschen vorhanden waren, so sind sie bald aufgebraucht. Wie tiefe Bunden solche Schicksalschläge einer Arbeiterfamilie schlagen, haben unzählige erfahren müssen. Da soll nun die Familienfürsorge hilfreich einspringen, indem sie die Leistungen der Krankenkassen auf alle Familienmitglieder ausdehnt.

Die Forderung nach einem solchen gesetzlich festgelegten Ausbau der Krankenversicherung hat im Laufe der Zeit immer mehr Anhänger gefunden. Eine ganze Reihe von Krankenkassenkongressen hat die obligatorische Einführung der Familienfürsorge verlangt, und unter den Plänen für die Umgestaltung der Arbeiterversicherung, die in letzter Zeit die Öffentlichkeit beschäftigten, wird man kaum einen finden, der diese Erweiterung nicht vorsieht. Der Zentralverband der Ortskrankenkassen im Deutschen Reich hat in einer Petition folgende Mindestleistungen als wünschenswert angegeben: „Im Falle der Krankheit von Familienangehörigen freie ärztliche Behandlung und Arznei bis zur Dauer von sechs Monaten; im Todesfall von Familienangehörigen ein Sterbegeld.“ Dieselben Forderungen haben auch bürgerliche Sozialpolitiker erhoben, so zum Beispiel der Regierungsrat Düttmann, der in seinem vielbesprochenen Reformprogramm noch weiter geht. Er verlangt freie ärztliche Behandlung und Heilmittel nicht nur für die nicht versicherungspflichtigen Familienmitglieder, sondern auch für die Mitglieder und Ehefrauen von Mitgliedern während der Schwangerschaft und nach der Entbindung. Außer den Hebammendiensten und der ärztlichen Behandlung soll den Schwangeren auch eine Barunterstützung in Höhe des Krankengeldes bis zu sechs Wochen gewährt werden. Ferner verlangt er ein Sterbegeld für Ehefrauen und Kinder. Zwei andere bürgerliche Sozialpolitiker, Professor Mayer vom Reichsamt des Innern und Komader in Kiel erheben gleichfalls die Forderung, Ehefrauen und Kinder in die Unterstützung einzuschließen.

Soweit das jetzige Gesetz die Familienfürsorge gestattet, äußert sie sich in folgenden Formen: 1. In freier ärztlicher Behandlung und Gewährung von Arzneien usw. für die Dauer der Krankheit eines Familienangehörigen. 2. Bei einer durch Schwangerschaft der Ehefrau verursachten Erwerbsunfähigkeit in einer der Wöchnerinnenunterstützung parallelen Unterstützung bis zur Gesamtdauer von sechs Wochen, sowie freier ärztlicher Behandlung der Schwangerschaftsbeschwerden und Gewährung der nötigen Hebammendienste. 3. In einem Sterbegeld bis zu zwei Dritteln des für das Mitglied festgesetzten Sterbegeldes bei Frauen, und bis zur Hälfte bei Kindern, wobei jedoch vorausgesetzt wird, daß die Frauen oder Kinder nicht selbst in einem gesetzlichen Versicherungsverhältnis stehen, auf Grund dessen ihre Hinterbliebenen Sterbegeld beanspruchen können. Eine Wöchnerinnenunterstützung an nicht selbst versicherte Frauen dürfen die Kassen dagegen überhaupt nicht gewähren.

Es steht den Kassen frei, sämtliche hier aufgeführten Arten der Angehörigenunterstützung oder nur eine von ihnen einzuführen. Am gebräuchlichsten ist die freie ärztliche Behandlung und die Gewährung von Sterbegeld. Meist werden auch die „kleinen“ Heilmittel mit gewährt, niemals aber wohl ohne die ärztliche Behandlung, obgleich auch das angängig wäre.

In der Form der Durchführung unterscheiden sich zwei vom Gesetzgeber festgelegte Arten der Familienfürsorge. Nach dem Gesetz kann diese nämlich „auf besonderen Antrag“, das heißt gegen besondere Zusatzbeiträge, oder allgemein an sämtliche Mitglieder gewährt werden. Bei der erstgedachten Art haben auf die Fürsorge nur diejenigen Anspruch, für die Extrabeiträge geleistet worden sind. Im anderen Falle (also wenn keine besonderen Beiträge erhoben werden), haben sämtliche Familienangehörigen Anspruch auf Unterstützung. Von den Krankenkassen, welche die Fürsorge eingeführt haben, wird sie nur von einem geringen Teil „auf besonderen Antrag“ gewährt, und zwar hauptsächlich wegen der Unständlichkeiten, welche dieses System mit sich bringt. Auch kann ein Versicherter, der die Beiträge einmal nicht rechtzeitig abgeführt hat, seinen Anspruch verlieren, was gewisse Härten zeitigt. Aber die zulässige Höhe der Zusatzbeiträge spricht sich das Gesetz nicht aus; sie können ganz nach Bedarf festgesetzt werden. Es ist sogar angängig, daß für jeden Angehörigen (Ehefrau und mit Namen bezeichnetes Kind), auf den sich der Antrag zur Fürsorge bezieht, ein besonderer Beitrag erhoben werden kann. Einfacher ist es natürlich, wenn gegen einen einheitlichen Beitrag die gesamte Familie ohne Rücksicht auf ihren Umfang versichert wird. In der Regel betragen die Zusatzbeiträge 50 Pf. bis 1,50 M. pro Monat.

Noch wünschenswerter — weil weniger unständlich — ist es jedoch, daß die Familienunterstützung allgemein für

die Angehörigen sämtlicher Kassenmitglieder eingeführt wird. Davon kann indes nur bei den „organisierten Kassen“, also den Orts-, Betriebs-, Innungs- und ähnlichen Kassen, die Rede sein, nicht aber bei den Gemeindefrankenkassenversicherungen. Die allgemeine Angehörigenfürsorge ist eine Mehrleistung einer Kasse im Sinne des § 21 des Krankenversicherungsgesetzes, und es kommen für ihre Einführung alle die in den §§ 22, 30, 32, 33 des betreffenden Gesetzes vorgesehenen Voraussetzungen in Betracht. Es ist nicht Bedingung, daß der Reservefonds erfüllt ist, sondern es genügt, wenn die Beiträge so bemessen sind, daß sie unter Einrechnung der etwaigen sonstigen Einnahmen der Kassen ausreichen, um die statutenmäßigen Unterstützungen, die Verwaltungskosten und die zur Ansammlung des Reservefonds erforderlichen Rücklagen zu decken. Sollte sich aus den Jahresabschlüssen der Kasse ergeben, daß ihre Einnahmen zur Deckung der Ausgaben nicht ausreichen, so kann die Behörde unter Berücksichtigung der Vorschriften in § 31 eine Erhöhung der Beiträge oder eine Minderung der Kassenleistungen herbeiführen.

Die statutarische Regelung des in Frage stehenden Fürsorgezweiges kann entweder durch ein besonderes Nebenstatut oder Regulativ erfolgen (was besonders bei der Erhebung von Zusatzbeiträgen zu empfehlen ist), oder durch einen einfachen Paragraphen im Hauptstatut. Nähere Auskunft gibt das vom Bundesrat herausgegebene Musterstatut für Ortskrankenkassen. Auch die statutarische Form der Ortskrankenkasse Leipzig ist sehr zu empfehlen. Interessantes Material bietet ferner ein Aufsatz über „Die Wirkungen der Angehörigenunterstützung“ in der „Arbeiterversorgung“ 1905, Seite 365, von dem Versicherungstechniker Unger. Derselbe hat 897 größere Ortskrankenkassen befragt, mit dem Ergebnis, daß nur 71 die Familienfürsorge eingeführt hatten, davon bloß 6 gegen Zusatzbeiträge. Auch eine Anzahl Betriebskrankenkassen hatten eine derartige Erweiterung ihrer Leistungen.

Von den Ortskrankenkassen, welche die Familienfürsorge eingeführt haben, sei erwähnt die gemeinsame Ortskrankenkasse in Straßburg, die im Jahre 1906 bei einer durchschnittlichen Mitgliederzahl von 28 621 zusammen 7015 Erkrankungsfälle und 370 Sterbefälle von Familienangehörigen hatte. Die Allgemeine Ortskrankenkasse Frankfurt a. M. hat die Familienfürsorge „auf besonderen Antrag“ eingeführt. Bei einer durchschnittlichen Mitgliederzahl von 85 961 im Jahre 1906 hatten 11 234 Versicherte sich an der Familienversicherung beteiligt. Der Zusatzbeitrag stellt sich auf 1,60 Mk. pro Monat und Familie. Die Gesamteinnahme pro Familie betrug 17,37 Mk., die Ausgabe 16,43 Mk. In letzterer sind 7,07 Mk. für ärztliche Behandlung und 8,04 Mk. für Heilmittel inbegriffen. Die Ortskrankenkasse in Jena erhebt 1 Mk. Zusatzbeitrag pro Monat. Die Ortskrankenkasse für die Landgemeinden Gera (10328 Mitglieder im Jahre 1906) hatte bereits 1896 die Familienfürsorge gegen besondere Zusatzbeiträge eingeführt. Sie kam damit jedoch nicht vorwärts und wendete sich kürzlich der allgemeinen Fürsorge zu. Auch die Ortskrankenkassen Dresden und Leipzig haben die Unterstützung als Mehrleistung ohne Extrabeiträge bevorzugt. Dagegen kennt die Ortskrankenkasse Plauen nur Sterbegelder für Familienangehörige.

Ein großer Mangel der amtlichen Krankenkassenstatistik ist es, daß sie über den Umfang, die Kosten usw. der Familienfürsorge keine Auskunft gibt. Nicht einmal die Zahl der Kassen ist zu erfahren, welche die Fürsorge als Mehrleistung eingeführt haben, geschweige denn, daß Anhaltspunkte über die Zahl der Erkrankungsfälle von Angehörigen und über die Kosten der Fürsorge zu finden sind. Man kann sich daher nur auf die Erfahrungen der einzelnen Kassen stützen.

Leider muß noch ein Umstand erwähnt werden, welcher die Einführung der Familienfürsorge bei vielen Kassen erschwert und mitunter zur Unmöglichkeit gemacht hat. Das sind die übermäßigen Honorare, welche die Ärzte für die Behandlung der Angehörigen fordern. Ist es doch vorgekommen, daß manche Kassen aus diesem Grunde die freie ärztliche Behandlung der Familienangehörigen wieder abschaffen mußten! Es sei hierbei nur an den Konflikt der Ortskrankenkasse Leipzig mit ihren Kassenärzten erinnert, der sich hauptsächlich um das Honorar für die Familienbehandlung drehte und schließlich dazu führte, daß die Kasse diesen Fürsorgezweig längere Zeit überhaupt einstellte. Diese Erscheinung ist darauf zurückzuführen, daß viele Ärzte prinzipielle Gegner der Familienunterstützung sind. In dem Glauben, daß durch diese Erweiterung der Kassenstätigkeit ihre Privatpraxis geschädigt wird, erheben sie oft außerordentlich hohe Honorarsprüche, um die Kassen von der Einführung der Fürsorge abzuhalten. Mitunter willigen sie in eine Ermäßigung der Honorare unter die Sätze der ärztlichen Gebührentaxe nur dann, wenn die Kasse sich in einer Notlage befindet, das heißt wenn sie bei den zulässigen höchsten Beiträgen nicht in der Lage ist, ihre gesetzlichen Mindestleistungen zu erfüllen. Bei den außerordentlichen Rechten, welche der Staat den Ärzten eingeräumt hat (Zwangszwang, Standesordnung, Ehrengerichte usw.) sind die Kassen in der Regel gezwungen, die Forderungen der Ärzte zu bewilligen.

Bei der nächsten Änderung des Krankenversicherungsgesetzes muß auch die Arztfrage geregelt werden. Für die Sozialdemokratie ist sie zwar längst dahin gelöst, daß wir staatlich angestellte Ärzte fordern. Gerade die Tatsache, daß es vielen Kassen unmöglich oder nur mit den größten Opfern erreichbar ist, die Familienfürsorge einzuführen, zwingt uns, diese Forderung immer energischer zu erheben. Die ärztliche Behandlung kranker Mitmenschen darf kein privates Geschäft bleiben, sondern der Arzt muß als Staatsbeamter seine Hilfe unentgeltlich allen an-

gedeihen lassen, die sie benötigen. Nur dann haben die Ärzte nicht mehr einen Vorteil davon, wenn recht viele Personen krank sind, sondern es muß ihnen im Gegenteil daran liegen, daß es allen wohlgeht. Ist es der Sozialdemokratie erst einmal gelungen, diese Forderung durchzudrücken, die wir gerade bei der bevorstehenden Änderung des Krankenversicherungsgesetzes wieder nachdrücklichst erheben müssen, dann wird sich die freie ärztliche Behandlung der Familienangehörigen als Krankenkassenleistung erübrigen.

Fr. Klees-Burgen.

### Die weibliche Arbeitskraft in der Eisen- und Metallindustrie.

#### IV.

Mit dem stärkeren Eindringen der weiblichen Arbeitskraft in die gewerblichen Betriebe der Gütererzeugung schneit auch die Zahl der weiblichen Unfallverletzten in die Höhe. Zu den Zahlen der Krüppel stellt auch die Metallarbeiterin ihr Kontingent, und ihr Anteil an den Unfallsziffern ist nicht nur absolut, sondern relativ im Steigen begriffen. Die berufsgenossenschaftlichen Ergebnisse der Eisen-, Stahl- und Metallwerke, die wir in nachfolgender Tabelle zusammenstellen, geben ein Bild von dieser unerfreulichen Entwicklung.

Es erlitten entschädigungspflichtige Unfälle:

Berufsgenossenschaften	Personen überhaupt		Arbeiterinnen	
	1909	1905	1909	1905
R.-G. der Feinmechanik . . . . .	681	1811	17	94
Südd. Eisen- und Stahl-B.-G. . . . .	1421	1732	14	17
Südwestdeutsche Eisen-B.-G. . . . .	415	683	4	1
Rh.-Westf. Hütten- und Walzwerk-B.-G. . . . .	1564	2189	—	3
Rh.-Westf. Maschinenbau- und Kleinereisenindustrie-B.-G. . . . .	1255	1826	24	30
Sächsisch-Thüringische Eisen- u. Stahl-B.-G. . . . .	1070	965	25	14
Nordöstl. Eisen- u. Stahl-B.-G. . . . .	964	1345	5	11
Schlesische . . . . .	1185	1562	27	33
Nordwestl. . . . .	1228	1631	4	7
Südd. Edell. u. Unedelmetall-B.-G. . . . .	205	319	44	82
Nordb. . . . .	416	923	36	122
B.-G. der Musikinstrumentenindustrie . . . . .	121	154	3	7
Schmiede-B.-G. . . . .	—	1167	—	6
<b>Insgesamt</b>	<b>10525</b>	<b>15837</b>	<b>208</b>	<b>427</b>

Das ist fürwahr kein erhebendes Bild! Die Zahl der Unfälle überhaupt stieg um 5812 oder um 52,4 Prozent, dagegen nahm die Zahl der weiblichen Krüppel um 110,3 Prozent zu. Die Zahl der Unfälle bei den Arbeiterinnen hat aber auch stärker zugenommen wie die Zahl der Beschäftigten. Nach den Angaben im „Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich für 1906“ stieg die Zahl der in der Metallverarbeitung und in der Industrie der Maschinen und Werkzeuge beschäftigten Arbeiterinnen von rund 69 000 im Jahre 1899 auf rund 96 000 im Jahre 1904. Die Zunahme beträgt 40 Prozent. In der gleichen Zeit wuchs aber die Zahl der schwer verletzten Arbeiterinnen von 203 auf 338; das ist eine Steigerung um 66,5 Prozent. Von 1904 auf 1906 stieg dann die Zahl der in den genannten Anlagen beschäftigten Arbeiterinnen auf rund 100 000 und die Zahl der Unfälle mehrte sich auf 427. Die Steigerung gegenüber 1899 beträgt bei den Beschäftigten 45 Prozent und bei den Unfällen 110,3 Prozent! Demnach ergibt sich eine ganz besonders starke Zunahme der Unfälle von 1904 auf 1906. Es kommen hier, was wohl zu beachten ist, nur die entschädigungspflichtigen Unfälle in Betracht, das heißt solche, bei denen nach der Ausschüttung, frühestens 13 Wochen nach dem Unfall, seitens der Ärzte noch eine Erwerbsverminderung als Folge der Verletzung konstatiert wird. Alle Fälle, in denen die Voraussetzungen nicht zutreffen, auch wenn die Arbeitsunfähigkeit als Unfallfolge länger wie 13 Wochen dauert, scheiden für die Unfallrente aus; sie sind in der berufsgenossenschaftlichen Statistik nicht aufgenommen, da sie als leichte Unfälle gelten! Unter Berücksichtigung dieser Umstände muß man zu dem Resultat gelangen, daß die Arbeiterinnen in der Metallindustrie immer mehr zu besonders unschuldigen Pantomimen herangezogen werden.

Wie die obige Anstellung erkennen läßt, ist die absolute Zunahme der Unfälle besonders stark bei den Berufsgenossenschaften der Edell. und Unedelmetallindustrie. Hier stellen die Arbeiterinnen im Verhältnis zu den Männern ein sehr hohes Kontingent der Unfallverletzten. Noch auffällender ist die Steigerung der Unfälle bei der Berufsgenossenschaft der Feinmechanik, in der die Arbeiterinnen im Verhältnis zu den Männern eine große Zahl Krüppel aufweisen.

Die Gewerbeinspektoren berichten über die Beschäftigung von Frauen in der Eisen- und Metallindustrie leider nur sehr spärlich. Der Aufsichtsbeamte des Landespolizeibezirks Berlin teilt mit, daß in einer Akkumulatorenfabrik Arbeiterinnen mit dem Einsetzen kleiner Akkumulatoren in elektrische Taschenlampen beschäftigt wurden. Diese Tätigkeit mußte eingestellt werden. Mehrfach wird über unzulässige Beschäftigung an Motoren berichtet. Zweifellos wird aber auch — besonders in den Metallhütten — sonst noch in freventlicher Weise gegen Gesundheit und Leben der Arbeiterinnen gesündigt. Ein überaus hartnäckiger und gefährlicher Feind der Gesundheit des Arbeiters ist die Bleivergiftung. Von dieser Krankheit werden vielfach die in

1900 gegründet.

den Bleigruben und Bleiverarbeitungsbetrieben Beschäftigten betroffen. Der Aufsichtsbeamte von Oppeln gibt für 1906 eine Übersicht über die in den Betrieben seines Bezirks ermittelten Krankheiten der Zinkhüttenarbeiter, nach Alter und Krankheitsarten geordnet. Leider enthält die Zusammenstellung keinen Ausweis über die hierbei beteiligten Arbeiterinnen. In 22 Anlagen waren in den eigentlichen Zinkhüttenbetrieben 4789 Personen beschäftigt; für diese wurden 973 Erkrankungsfälle mit 17106 Krankentagen ermittelt. Nicht mit eingeschlossen sind dabei die Unfälle, Erkältungskrankheiten und sonstigen Erkrankungen, die nicht direkt auf die besonderen Gefahren der Zinkhüttenbetriebe zurückzuführen sind. Auf der königlichen Friedrichshütte in Tarnowitz erkrankten an Bleivergiftung von 766 Beschäftigten 50, mit 950 Krankentagen, und in der Bleihütte der Walter-Gronedhütte in Eichenau wurden bei 144 Beschäftigten 99 Fälle von Bleivergiftung, mit 1682 Krankentagen, ermittelt.

In einer kürzlich veröffentlichten Untersuchung der badischen Fabrikinspektion über die Heimarbeit in Baden wird berichtet, daß sehr viele heimarbeitende Kinder — Knaben und Mädchen — an Zahnschmerzen und ruinierten Zähnen leiden. Und die Ursache? Beim Festenmachen oder Stecken von Osen müssen die armen Geschöpfe den verzinneten Eisendraht mit den Zähnen zusammenbeißen! Ein Kind macht im Tage bis zu 2000 Osen! In der Gemeinde Wühl fand man 60 Kinder, die noch nicht 6 Jahre alt waren, bei dieser Beschäftigung. Wahrlich, stolze Beweiszeichen für das Vorhandensein einer göttlichen Weltordnung!

Die ruindende Arbeit in Verbindung mit den Lasten der Hausarbeit — eine Heimarbeiterin im Badischen, die für eine Metallwarenfabrik beschäftigt war, begann jeden Morgen um 4 Uhr ihr Tagewerk —, die vielen erwerbstätigen Frauen eine tägliche Arbeitszeit von 16 bis 18 Stunden beschert, räumt bald auf mit der Gesundheit und seht der Lebensdauer oft vor der Zeit ein Ende. Aber nicht nur physisch verkümmern die rücksichtslos ausgebeuteten Frauen und Mädchen, auch geistig und sittlich nehmen sie Schaden, denn sie stumpfen moralisch ab und verlieren jedes höhere Streben. Unzulängliche Schulbildung, das Zusammenarbeiten mit Männern bei mangelhafter Bekleidung, schlechte Ernährung, die geschlechtlichen Anreize als physiologische Wirkungen der Nacharbeit und verschiedener Ausbänkungen, die Benützung gemeinschaftlicher Aborte und Ankleideräume für beide Geschlechter und nicht zuletzt das ganze reiz- und freudlose Dasein, das alles sind Triebfedern zu sittlichen Verirrungen. Die trivialsten Vergnügen — wenn man die vielfach schon gar nicht mehr fragwürdigen Genüsse so nennen will — fällen die gelegentlichen freien Stunden aus. Und die Frömmigkeit ist kein Hindernis für allerlei Verwilderungen. Schließen mit seiner streng kirchlichen Bewußtsein, seiner ausgebeuteten Frauarbeit, seinen miserablen Löhnen, seinen Hütten- und Bergarbeiterinnen kann in dieser Beziehung geradezu als Musterbeispiel gelten. Die Kriminalstatistik ist ein Spiegel dieses Kulturbildes. Aus den Zahlen der amtlichen Statistik des Deutschen Reiches 1907, Band 169, machen wir folgende Zusammenstellung über den Anteil des weiblichen Elementes an den Verurteilungen wegen Vergehen und Verbrechen. Gegen Frauen und Mädchen erfolgten rechtskräftige Verurteilungen:

Verbrechen und Vergehen gegen	Haupt	1906		1906	
		im Reich	in Schlesien	im Reich	in Schlesien
Staat, öffentl. Ordnung u. Religion	Erwachsene	11228	1078	3,53	4,02
	Jugendliche	277	32	0,09	0,12
Personen	Erwachsene	30166	3559	9,81	13,81
	Jugendliche	877	85	0,28	0,33
Eigentum	Erwachsene	32074	3281	10,43	12,73
	Jugendliche	7068	698	2,29	2,78
Strafgesetze überhaupt	Erwachsene	73543	7816	23,92	30,34
	Jugendliche	8228	815	2,67	3,16

Gebetbuch, Schnaps und hohe Kriminalitätsziffern — das ist der harmonische Dreiklang in Schlesien. Für die Tatsache, daß dort der Anteil des weiblichen Elementes — sowohl der Erwachsenen wie der Jugendlichen — an den Kriminalitätsziffern für alle Arten Vergehen und Verbrechen sich beträchtlich über den Reichsdurchschnitt erhebt, muß es doch eine Erklärung geben. Daß die Schlesierin besonders verbrecherisch veranlagt sei, wird niemand behaupten, und wenn man nicht annehmen will, daß eine ganz streng kirchliche Erziehung hervorragend zur Abschachtung der Strafgesetze anreizt, dann muß man schon die Verhältnisse, das ganze Milieu als des Übels Wurzel betrachten. Wie die obigen Zahlen ausweisen, überwiegen bei weitem Verbrechen gegen und Angriffe auf das Eigentum. Die Behandlung, der die schlesische Arbeiterin ausgesetzt ist, macht auch sie selbst roh, ersticht den Respekt vor der Heiligkeit des Lebens und der Gesundheit anderer. Die brutale Ausbeutung, die erbärmliche Entlohnung, Hunger, Not, entfachte ungefüllte Begierden lassen die Achtung vor dem Eigentum anderer abstumpfen und bringen die Armen dazu, sich mit jeder Hand selbst zu holen, was das Schicksal, was die Gesellschaft ihnen versagt.

Es ist ein freudloses, nicht von der Sonne der Kultur bestrahltes Dasein, zu dem die Metallarbeiterin verdammt ist. Eine gesetzliche Regelung der Heimarbeit und der Arbeitsverhältnisse in Hüttenwerken könnte vieles bessern. Es ist hohe Zeit, daß endlich einmal Hand angelegt wird. Hier ist positive Arbeit zu leisten! Mäße der konservativ-liberale Reichstagsmehrheitsblock zeigen, was er kann — und will. Die Sozialdemokratie hat es schon bisher an den nötigen Radenköpfen nicht fehlen lassen; sie wird auch weiterhin bestrebt sein, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln praktisch an der Lösung dieser Aufgabe zu arbeiten. W.D.

## Vom Kampfplatz um das Vereins- und Versammlungsrecht.

Ein Elendswinkel im Vereins- und versammlungsrechtlichen Leben der Arbeiterinnen ist das Herzogtum Braunschweig.

In Wolfenbüttel, Broitzen und vor allen Dingen in Braunschweig selbst sind im verfloffenen Jahre von 30 Mitgliederversammlungen der Zahlstelle des Braunschweiger Fabrikarbeiterverbandes rund ein Duzend unter Vorgabe oft recht eigentümlicher „Gründe“ polizeilich aufgelöst worden. Das altersgraue braunschweigische Vereins- und Versammlungsgesetz von 1853 bietet in seinem § 14 eine geeignete Handhabe, das Versammlungsrecht der Arbeiter jederzeit illusorisch zu machen. Die weiblichen Mitglieder des Verbandes mußten selbst bei den einfachsten gewerkschaftlichen Verhandlungen den Saal verlassen, wenn sie nicht die Auflösung der Versammlung herbeiführen wollten. Natürlich empfinden es die 950 in dieser Verbandstelle organisierten Arbeiterinnen als eine harte Ungerechtigkeit, wenn sie auf diese Art an der Betätigung im wirtschaftlichen Kampfe gehindert werden. Daß aber eine Belehrung über die Arbeiterschutzbestimmungen, über die Rechte im gewerblichen Arbeitsverhältnis und dergleichen ohne gelegentliche Berührung des politischen Gebietes nicht möglich ist, mühte nachgerade auch der braunschweigische Polizeibehörde einleuchten. Selbst höhere Polizeibeamte haben wiederholt erklärt, daß die bezüglichlichen Bestimmungen des Gesetzes veraltet sind, darum sollte man das Gesetz wenigstens so lange etwas loyal handhaben, bis dem unhaltbaren Zustand durch andere gesetzliche Bestimmungen ein Ende gemacht wird.

Freilich hat das werklätige Volk in dieser Beziehung vom braunschweigischen Landtag kaum ein Entgegenkommen zu erwarten, denn die Interessen der „Landboten“, die sich infolge des elenden Klassenwahlrechtes lediglich aus den Kreisen der Besitzenden rekrutieren, sind den Interessen der Arbeiterklasse direkt entgegengesetzt. Die Hoffnung auf eine loyalere Handhabung des Versammlungsrechtes hat sich aber bis jetzt nicht erfüllt. Da die betreffenden Versammlungen seit einiger Zeit sogar durch zwei Beamte „überwacht“ werden, kann man im Gegenteil darauf schließen, daß gegen die Lohnflavinnen noch schärfer vorgegangen werden soll wie früher. Es ist von Interesse, an einigen Beispielen zu zeigen, welche „Gründe“ der Polizei wichtig genug erschienen, um solche Versammlungen aufzulösen.

Im Februar des vorigen Jahres wurde eine Versammlung aufgelöst, weil nach Ansicht des Überwachenden auch Nichtmitglieder zur Stelle gewesen sein sollen; ein zweites Mal, im April, erfolgte die Auflösung, weil ein Berichterstatter über die Metallarbeiterausperrung die polizeiliche Begünstigung der Unternehmer erwähnte. Eine im Juli stattgefundene Versammlung, in der Genossin Jeehe in ihrem Vortrag: „Der Kampf der Arbeiterin um eine kulturwürdige Existenz“ den Anwesenden den Begriff „Analphabet“ erläuterte, verfiel wegen dieses schweren Verstoßes dem gleichen Schicksal. Gegen diese Auflösung wurde bei der Polizeidirektion und beim Ministerium Beschwerde geführt, jedoch ohne Erfolg. Ferner wurden im Juli in Wolfenbüttel und Broitzen zwei Mitgliederversammlungen aufgelöst, weil die weiblichen Mitglieder an ihnen teilnehmen wollten. Einige Tage später konnte an letzterem Orte einer Versammlungsauflösung nur dadurch vorgebeugt werden, daß die weiblichen Mitglieder freiwillig das Lokal verließen. Und so könnte man die Reihe der Versammlungen, die aus ähnlichen „Gründen“ aufgelöst wurden, ins Unendliche fortsetzen. Die verstärkte Energie der Polizei äußerte sich außerdem darin, daß in einigen Versammlungslökalen nicht weniger als vier Gendarmen postiert waren.

Aber die Ausübung der reichsgesetzlichen Koalitionsfreiheit wurde auch noch auf andere Weise gehemmt. Es kam mehrfach vor, daß Polizeibeamte in vertrauliche Werkstattbesprechungen geschickt wurden, und oft wurde Referenten und Diskussionsrednern das Wort entzogen, wenn sie an Betriebsübelständen berechtigte Kritik üben wollten. Der Arbeiterklasse ist eine solche willkürliche Handhabung des Versammlungsrechtes, durch welche die Bestrebungen der Gewerkschaften gehindert werden, unverständlich. Daß die polizeilichen Maßregeln aber keineswegs inoffensiv sind, diese Bestrebungen zu unterdrücken, beweist die erfreuliche Tatsache, daß gerade bei der am meisten von den Polizeischikanen betroffenen Gewerkschaftszahlstelle die Zahl der Neueintretenden sich steigerte! Innerhalb dieses Jahres der Unterdrückung stieg die Zahl der örtlichen Verbandsgenossen von 2029 auf 3480. So wird es auch im laufenden Jahre trotz aller Unterdrückung stetig vorwärts gehen.

Es muß betont werden, daß nirgends eine dringendere Notwendigkeit für den Zusammenschluß der Arbeiterinnen besteht, als in Braunschweig, das den traurigen Ruhm genießt, auch bezüglich der Gewerbeaufsicht so rückständig zu sein, daß es hinter dem Reichsdurchschnitt an Fabrikrevisionen zurückbleibt. So wurden im Laufe des Jahres 1905 nur 13,5 Prozent der vorhandenen revisionspflichtigen Betriebe kontrolliert. Was Wunder, daß die weiblichen Arbeitskräfte monatelang 15 bis 18 Stunden täglich ausgebeutet werden konnten, wie das in der hiesigen Konservenindustrie Hunderten, ja Tausenden widerfahren ist. Gegen solche Zustände muß energisch Front gemacht werden, und das kann nur geschehen, wenn sich die Arbeiterinnen noch viel mehr als bisher in den Dienst der Sache stellen, indem sie zur Ausbreitung der politischen und gewerkschaftlichen Organisation und der Arbeiterpresse das Ihrige beitragen. Dann können wir lachend über alle Unterdrückung hinwegschreiten.

Robert Zippmann.

## Aus der Bewegung.

**Von der Agitation.** Die Unterzeichnete agitierte in der zweiten Hälfte des Juni in der schwarzen Oberpfalz und Niederbayern. In Dieterskirchen referierte sie in einer öffentlichen Arbeiter- und Arbeiterinnenversammlung, die von der dortigen Verwaltungsstelle der Glasarbeiter einberufen wurde und sehr zahlreich besucht war, über das Thema: „Der Kampf der Arbeiter um das tägliche Brot“. Mit großer Aufmerksamkeit verfolgten die über alle Maßen ausgebeuteten Proletarier die Ausführungen der Rednerin. In der Diskussion meldete sich der Pfarrer zum Worte und meinte, den Arbeitern und Arbeiterinnen in der Oberpfalz ginge es nicht so schlecht, denn die Kinder der organisierten Arbeiter kämen viel reicher in die Schule als die der Kleinbauern, auch intelligenter seien sie als diese. Er nannte es eine Gemeinheit, wenn die Referentin behauptete, die Mädchen verließen die Schule noch unwissender als die Knaben. Von einem Pfarrer könne man doch nicht verlangen, daß er die Mädchen auf ihren künftigen Beruf als Gattin und Mutter vorbereite. Den Arbeiterinnen ginge es überhaupt ganz gut. Die Zwischenrufe der zahlreich anwesenden Frauen machten aber den Gottesmann stutzig, und er meinte, er könne nicht auf alles eingehen, was die Referentin angeführt habe, denn es fehle ihm das Material. Die Referentin dankte dem hochwürdigen Herrn für die Anerkennung, daß die Kinder der organisierten Arbeiter intelligenter und reicher gehalten seien als die der Bauern; von den Gegnern werde bisher immer das Gegenteil behauptet. Abgesehen würde den Pfarrern keineswegs ein so gefährliches Unternehmen zugemutet, wie der Unterricht an halb erblühte Jungfrauen über ihre derzeitigen Pflichten als Gattin und Mutter. Eine weitere Versammlung wurde Ende Juni in Hilftett abgehalten. Auch hier waren die Gegner in dem Bestreben herbeigezogen, die Aufklärung nach Möglichkeit dem finsternen Winkel fernzuhalten. Besonders ein Bauernbündler, der sich stolz als Schläger des Handwerksretters Pflüger in Regensburg bekannte, spielte eine unfeindlich komische Rolle, indem er die Überzeugung ausdrückte, daß nicht die niedrigen Löhne, die lange Arbeitszeit und schlechte Ernährung Not und Elend unter dem Proletariat verursachten, sondern — die mangelnde Frömmigkeit. Der Referentin war es natürlich ein Leichtes, unter lebhaftem Beifall der Versammlung das biedere Bäuerlein eines Besseren zu belehren. Wenn man erwägt, daß die Arbeiter zum Teil 10 Stunden Fußweg zurücklegen mußten, um die Versammlungen besuchen zu können, so kann man mit Sicherheit annehmen, daß sie es mit Freude begrüßten, wenn die Aufklärung auch im schönen Schwarzjachtale immer weiter vorwärts schreitet. Die Dorfgehaltigen und der Pfarrer gaben sich die größte Mühe, die Versammlung zu einer politischen zu stampeln. Wegen die Referentin wurde Anzeige erstattet. Aber alle Anstrengungen der schwarzen Herrschaften, die Agitation von der Oberpfalz fernzuhalten, werden hier wie anderwärts an der durchdringenden Werbetaft des Sozialismus kläglich zerschellen. Im benachbarten Straubing haben die Ziegelarbeiter nach sechswöchigem Streik, an dem 170 Frauen und Mädchen teilnahmen, die 10 stündige Arbeitszeit (gegen 11 und 12 Stunden früher) errungen. Die Frauen und Mädchen standen trotz der unerhörtesten Polizeischikanen wacker Streikposten. Auf welche skandalöse Art die Polizei in Bayern bemüht ist, die Arbeiterinnen vom Gebrauch des Koalitionsrechtes abzubringen, geht daraus hervor, daß die streikenden Frauen wiederholt daraufhin kontrolliert wurden, ob sie gewerkschaftliche Unzucht trieben! Die Zentrums- und Arbeiterinteressen Schindluder treibt, stand natürlich ganz auf Seiten der Ziegelbarone. Dieses Verhalten wurde in zwei großen Volksversammlungen gebrandmarkt, in denen der Gauleiter Staimer und die Unterzeichnete referierten.

**Die dritte ordentliche Konferenz der Vertrauenspersonen des sechsten schleswig-holsteinischen Wahlkreises** fand am 11. August in Pinneberg statt. Es waren 14 weibliche Delegierte erschienen, die über die Entwicklung der proletarischen Frauenbewegung im Kreise während des verfloffenen Jahres Bericht erstatteten. Nach ihren Ausführungen hat sich die Bewegung in erfreulicher Weise gehoben, trotzdem es schwer hält, die Frauen für unsere Bestrebungen zu gewinnen. An dem letzteren Umstand tragen die wirtschaftlichen Verhältnisse, die Ungültigkeit der Frauen gegen das öffentliche Leben und oft genug auch die Genossen schuld, die es nicht für nötig halten, die Frauen aufzuklären, ja, die zuweilen noch Gegner der Frauenbewegung sind. Diese Gegnerschaft zeugt von einer bedauerlichen Einsichtslosigkeit, denn es ist zweifellos, daß die Frau, wenn erst einmal ihr Interesse an wirtschaftlichen und politischen Dingen geweckt ist, ihren Posten im Kampfe für unsere Sache so gut ausfüllt wie der Mann. Trotz aller Schwierigkeiten ist es uns aber im Laufe des Jahres durch rege Agitation doch gelungen, die Zahl der „Gleichheit“-abonnenten von 559 auf 998 zu steigern. Auch der Kreis der Genossinnen, die freiwillige Parteiträger zahlen, hat sich erweitert; er umschließt jetzt 1168 Frauen gegen 880 im Vorjahr. Die durch diese Beiträge eingekommene Summe belief sich auf 1124,70 M. Durch Bons zugunsten des Agitationsfonds der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands wurden 70,50 M. aufgebracht, durch freiwillige Spenden in einer Frauenversammlung zu Pinneberg 1,25 M. Zur Belehrung der Frauen wurden im ganzen Kreise 87 Frauenversammlungen und in einigen Orten Veseabende abgehalten. Die Konferenz wählte die Genossin Schönfelder ein-

stimmig als Kreisvertrauensperson wieder und übertrug ihr gleichzeitig das Mandat zum Provinzialparteitag. Die Delegierten gingen auseinander mit dem Gelöbnis, an der Aufklärung der Proletarierinnen und Proletarier mit gesteigerter Kraft weiter zu arbeiten, damit das Slavenjoch, das der Kapitalismus dem Proletariat auferlegt, schließlich gänzlich abgeschüttelt werden kann.

Sofia Schönfelder.

**Jahresbericht der Vertrauensperson des Kreises Magdeburg und Umgebung.** Seit Juli vorigen Jahres wurden in unserem Kreise 32 öffentliche Frauenversammlungen abgehalten, in denen sieben Genossinnen über politische, gewerkschaftliche und wissenschaftliche Fragen referierten. Der Besuch der Versammlungen war im allgemeinen gut, nur in einigen hätte er etwas reger sein können. Bei den Vorarbeiten zur Reichstagswahl waren die Genossinnen zahlreich im Wahlbureau tätig, auch wurden von ihnen in den Versammlungen Flugblätter verbreitet. In mehreren Orten des Kreises wurden neue Frauen- und Mädchenbildungsvereine gegründet, so in Thale und Quedlinburg durch Genossin Fahrenwald, in Fermerzleben, Salble-Westerhüfen und Schönebeck durch Genossin Mahn. In den letzteren drei Orten ist die Mitgliedschaft befriedigend, dagegen ist der Verein in Thale wieder zersplittert. — Mit der Frage der Dienstbotenorganisation haben sich die Genossinnen bereits mehrfach befaßt, bis jetzt allerdings ohne sichtlichen Erfolg. Das wird sie jedoch nicht abhalten, auch fernerhin ihre Pflicht zu tun und energisch zu agitieren. Am Schluß des vorigen Jahres betrug die Zahl der „Gleichheit“-Referenten in Magdeburg und Umgegend 105; sie ist inzwischen auf 270 und 140 in anderen Orten angewachsen; ein gutes Resultat! Die Einnahmen betragen im verfloffenen Jahre 638,84 M., die Ausgaben 572,41 M., so daß ein Bestand von 91,18 M. verblieb. Zum Internationalen Kongress in Stuttgart delegierten die Genossinnen unseres Kreises Genossin Bollmann-Halberstadt. — Wenn wir auch Ursache haben, mit der Arbeit des verfloffenen Jahres im großen und ganzen zufrieden zu sein, so wollen wir doch alles daran setzen, im laufenden Jahre noch mehr zu erreichen. Darum: Frisch auf mit neuen Kräften zu neuer erproblicher Arbeit für unsere große Sache!

Emilie Mahn.

**Ein mißlungener Streich.** In der Bamberger „schwarzen“ Gegend hatten die Frommen, denen das sichtliche Blühen und Gedeihen der proletarischen Frauenbewegung schlaflose Nächte bereitet, Genossin Gräbner wegen angeblicher Beleidigung der „Gottesmutter“ Maria und Herabwürdigung des Marienkultus vor den Kadi geschleppt. Unsere Genossin sollte in einer öffentlichen Versammlung der Porzellanarbeiterinnen und -arbeiter von Schauberg und Umgebung die heutigen unehelichen Mütter mit der Jungfrau Maria in Parallele gestellt und ferner Jesus als den ersten Sozialdemokraten bezeichnet haben. Daß die Beleidigung der Jungfrau Maria in der behaupteten Weise gefallen war, konnten die christlichen Denunzianten trotz eines Aufgebots von sieben Zeugen nicht nachweisen; die Äußerung über Jesus wurde vom Staatsanwalt nachträglich als nicht unter Anklage gestellt bezeichnet. So kam es, daß die des Religionsvergehens angeklagte Genossin zum Entsetzen aller wahrhaft christlichen Leute vom Landgericht Bamberg kostenlos freigesprochen wurde. Damit war eine Aktion jämmerlich verpufft, die von den Frommen zu dem Zwecke eingeleitet war, die Arbeiterinnen der Bamberger Gegend einzuschüchtern und vom Eintritt in die freien gewerkschaftlichen Organisationen zurückzuhalten. Hoffentlich beweisen die Arbeiterinnen nunmehr durch einen massenhaften Beitritt zur Gewerkschaft, daß sie der „christlichen“ Bevormundung gründlich überdrüssig sind, die vor den feigsten und verlogensten Einschüchterungsversuchen nicht zurückschreckt.

## Beschluß der ersten Internationalen sozialistischen Frauenkonferenz, das Internationale Sekretariat betr.

Um die internationalen Beziehungen zwischen den Genossinnen der einzelnen Länder enger zu knüpfen, beschließt die erste Internationale Frauenkonferenz, daß eine internationale Zentralstelle geschaffen wird, an welche die Genossinnen der einzelnen Länder alljährlich zusammenfassende Berichte über die Frauenbewegung ihres Heimatlandes einreichen, außerdem aber auch fortlaufende Berichte über alle wichtigen Vorkommnisse liefern. Als Zentrale wird die Redaktion der „Gleichheit“ in Deutschland bestimmt, als Publikationsorgan die genannte Zeitschrift. Die „Gleichheit“ wird zur Information an die Zentralstellen der Genossinnen der einzelnen Länder sowie an das Internationale Bureau gesandt. Die Genossinnen der einzelnen Länder haben für die Veröffentlichung der Berichte in den Parteizeitungen ihres Landes Sorge zu tragen.

## Politische Rundschau.

Der Zweifel, den die letzte Rundschau aussprach, ob der ganze Freisinn mit ganzem Herzen in den Kampf um gleiche Landtagswahlrecht ziehe, ist nun allzu schnell gerechtfertigt worden. Die „Weser-Zeitung“, die sich von Anfang an gegen den von Naumann proklamierten Kampf erklärte, hat im freisinnigen Blätterwalde kräftiges Echo gewedt. Mit so viel Leidenschaft, wie sie das staatsmännlich temperierte Organ ausbringen kann, zieht die „Weser-Zeitung“ gegen die „nationalsozialen Eiferer“ zu Felde — daß auch freisinnige Parlamentarier ohne nationalsoziale Vergangenheit, wie Hornmann, Rugdau mit Naumann gingen, wird ignoriert — und mit ihr stürmen die „Breslauer Zeitung“, die „Königsberger Hartungische Zeitung“ und andere vor gegen die Forderung, das Volk aufzurufen zum Sturm gegen das Dreiklassenwahlrecht unter der Parole: „Das

Reichstagswahlrecht für Preußen!" In etwas vorsichtigerer Form hat sich ihnen neuerdings auch das führende Organ der freisinnigen Volkspartei, die „Freisinnige Zeitung“ angeschlossen, indem sie, gegen die agrarische „Deutsche Tageszeitung“ polemisierend, mit Befriedigung konstatiert, daß eine ganze Reihe freisinniger Organe beider Richtungen sich keineswegs für die von Hertels Blatt dem Freisinn nachgesagte „Verzweiflungstaktik“ erklärt hätten, „ihre Sache auf alles oder nichts zu stellen“. So geben die einflussreichsten Blätter des Freisinn sich redliche Mühe, die freisinnigen Wähler noch vor Beginn des Kampfes klar zu machen und zugleich dem Fürsten Bülow zu verstehen zu geben, daß sich der Freisinn gerne mit einem jämmerlichen Kompromiß, mit einem Vierklassenwahlrecht à la Sachsen zufriedene geben wird. So wird die Regierung geradezu angereizt, möglichst wenig zu bieten und die Festigkeit der freisinnigen Forderungen möglichst niedrig einzuschätzen. Es ist offenbar, daß die führenden kapitalistischen Kreise des Freisinn beider Lager um der Erhaltung des Blocks willen und wohl auch aus direkter Abneigung gegen das demokratische Wahlrecht schon heute bereit wären, sich mit der Karikatur einer Wahlreform zufrieden zu geben, wenn sie nicht für ihren Kredit bei den Wählern fürchten müßten. Ja, sie fürchten auch den Volksturm, den ihnen Raumann als ein Mittel, den Liberalismus wieder „magnetisch“ zu machen, empfiehlt — sie fürchten ihn, weil sie sich sagen, wie die „Vossische Zeitung“ ganz offen erklärte, daß die erregten Massen sich späterhin enttäuscht fühlen werden, wenn nach kräftigem Fanfarenblassen der Freisinn schließlich doch dem Bülow'schen Vierklassenwahlrecht zustimmt. Und daß diese Enttäuschung Wasser auf die Mühlen der Sozialdemokratie leiten werde, das verhehlen sie sich nicht. Solcher Art sind die Ängste der freisinnigen Führerschaft. Nur gezwungen wird diese Heldenschar ins Feuer eines Wahlrechtskampfes gehen, nur wenn die Ängste vor völligem Zusammenbruch ihrer Anhängererschaft die anderen, hemmenden Ängste überwindet. Nur eine starke Volksbewegung, nur eine wuchtige Aktion der Sozialdemokratie wird den Freisinn ins Feuer bringen. Schon hat ihre unerbittliche Kritik die proletarischen Elemente, die dem Linksliberalismus noch anhängen, die Hirsch-Dunder'schen Gewerkvereiner, die allerdings ein weit brennenderes Interesse an einer wirklichen Wahlreform haben als die freisinnigen Kapitalisten, zu dem Versuch angestachelt, die freisinnige Führerschaft vorwärts zu treiben. Namentlich die rheinisch-westfälischen Gewerkvereiner, die rührigsten der Schar, die in der Entwicklung zum Klassenbewußtsein am weitesten vorwärts geschritten sind und deshalb von der offiziellen Zeitung des Gesamtverbandes stets als etwas unsichere oppositionelle Elemente bearzwohnt werden, haben sich gerührt. Ihr Organ, die „Düsseldorfer Post“, hat sich mit scharfen Worten gegen die freisinnigen Kompromißler gewendet, gegen die „Leute, die wie die alten Weiber flennen, noch ehe der eigentliche Kampf begonnen hat“. Der Freisinn stehe am Scheidewege, die Stunde der Wiedergeburt des Liberalismus sei gekommen, wenn er es verstehe, die Situation auszunützen, eine Massenbewegung für die Eroberung des Reichstagswahlrechts für den preussischen Staat zu entzünden. Es bleibt abzuwarten, ob die rheinisch-westfälischen Gewerkvereiner ihre Kameraden im Osten mitzureißen vermögen, und ob der Einfluß ihrer Schar auf die freisinnige Führerschaft groß genug ist, um ihr die Kompromißsehnsucht auszutreiben. Zurzeit neigt sich die Waage zweifellos auf die Seite der Kompromißler. Von den freisinnigen Tagesblättern ist das „Berliner Tageblatt“ fast das einzige, das einen frischen, fröhlichen Kampf predigt, und Herr Raumann, in dessen letztem „Hilfe“-Artikel die Zentrumspreise übrigens auch schon Anzeichen für den Beginn eines vorsichtigen Rückzugs gefunden haben will, hat aus den Reihen der freisinnigen Parlamentarier außer dem einen alten Träger keinen weiteren Zuzug erhalten. Die Hornmann, Rugdan, Müller-Reinigen sind auffällig still geworden.

Im gleichen Maße, wie die Kompromißsehnsucht des Freisinn wächst, steigert das Zentrum seine Bemühungen, die Gunst der Regierung und die Freundschaft der Konservativen wiederzugewinnen. Wie eine brünstige Dirne wirft sich diese angebliche Volkspartei der Reaktion förmlich an den Hals. Was Volksinteresse, wenn ein Platz an der Regierungstrippe zu erhalten ist! Aller Scham bar, bietet sich das Zentrum durch den Mund seines Führers Spahn an, der Regierung eine jährliche Erhöhung der Heeresausgaben um 25 Millionen zu bewilligen, die diese Regierung noch nicht einmal gefordert hat. Es erklärt sich schon jetzt bereit, die Mittel zur Durchbrechung des Flottenprogramms zu geben. Es macht sich die Forderungen des Flottenbauvereins auf Vergrößerung der Schlachtschiffe und Beschleunigung der Ersatzbauten so sehr zu eigen, daß der Flottenvereinsgeneral Rein Herr Spahn als bekehrter Sünder freudig begrüßen kann. Das geschieht zur selben Zeit, da bekannt wird, daß die Regierung Steuerpläne ausarbeitet, die an 250 Millionen neue Steuern bringen sollen, um die immer noch trotz der 1906 bewilligten neuen 180 Millionen Reichssteuern notleidenden Reichsfinanzen zu sanieren. Zur selben Zeit, wo es ebenfalls kein Geheimnis mehr ist, daß unter den Objekten, die da bluten sollen, wiederum das Bier und die Zigarre figurieren werden. Um aber dem schmählichen Volksverrat der ultramontanen „Volkspartei“ die Krone aufzusetzen, erklärt gleichzeitig ein Zentrumsblatt, die „Eisener Volkszeitung“, daß „unter den gegenwärtigen Verhältnissen die Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts für jetzt unerreichbar“ sei, und daß das Zentrum bereit ist, das Bülow'sche Vierklassenwahlrecht anzunehmen! Stillschweigend hat die übrige Zentrumspreffe diese Erklärung gebilligt; das Zentrum hat also noch vor dem Kampf den eigenen Antrag auf Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen preis-

gegeben, hat seinen Wahlrechtsantrag als freche Komödie enthüllt, die lediglich dem Wählerfang diene.

So ständen die Aktien eines Wahlrechtssturmes in Preußen sehr schlecht, wenn die Sozialdemokratie nicht wäre. Sie wird kämpfen, und sie wird zugleich alles daran setzen, Freisinn und Zentrum selbst wider den Willen ihrer Leitungen vorwärts zu treiben, indem sie ihre Agitation in jene proletarischen Schichten hineinträgt, die sich noch insolge mangelnden Klassenbewußtseins im Banne des Freisinn und des Zentrums befinden.

Wie ein trunkener asiatischer Despot wütet die „liberale“ rumänische Regierung gegen die junge Arbeiterbewegung des unglücklichen Landes. Unter schamloser Verletzung der Gesehe werden rumänische Proletarier des Landes verwiesen und, da kein Nachbarstaat diese unzweifelhaften rumänischen Staatsangehörigen aufnehmen will, von den banditenhaften Behörden über die Grenzen geschmuggelt. Zerstörung der Organisationen, Beschlagnahme der Kassen, willkürliche Verhaftungen, bestialisches Mißhandlungen der Gefangenen ergänzen die ungeheuerlichen Ausweisungen. Mit musterhafter Disziplin aber hält die Arbeiterschaft diesem Wüten stand und vereitelt die Spekulation der regierenden Verbrecher, die sie in einen aussichtslosen Aufstand treiben möchten, den sie dann gleich der Bauernhebung in einem Blutbad erstickend wollen. Die rumänischen Arbeiter fechten einen ebenso schweren Kampf wie ihre russischen Brüder, deren politische Vertretung, die russische Sozialdemokratie, jetzt in den Wahlkampf für die dritte Duma zieht. Sie hat beschlossen, auf die Waffe der Wahlagitation nicht zu verzichten, trotz der geringen Aussichten auf Mandatsüberwerbungen, die das Staatsstreichwahlrecht ihr bietet.

Der Internationale Sozialistische Kongreß zu Stuttgart, der im ganzen ein herrliches Zeugnis vom Fortschritt der proletarischen Internationale, von der Erstarkung der internationalen Solidarität in der Arbeiterklasse ablegt, hat den hart kämpfenden Vorposten der Arbeiterbewegung in Osteuropa den Dank, die Bewunderung und die glühenden Wünsche des internationalen Proletariats für ihren endlichen Sieg ausgesprochen. Er hat der Arbeiterschaft aller Länder damit auch heilige Pflichten auferlegt, die die deutsche Sozialdemokratie erfüllen wird, indem sie nicht nur den kämpfenden Brüdern Hilfe leistet, soweit sie kann, sondern sich auch bemühen wird, ihre eigenen Kämpfe mit demselben Opfermut zu führen wie jene.

H. B.

#### Gewerkschaftliche Rundschau.

Die soeben erschienene statistische Übersicht der General-Kommission über die zentralisierten Verbände gibt nunmehr ein vollständiges und genaues Bild von der Entwicklung der freien deutschen Gewerkschaften im letzten Jahre. Mit der Zunahme der Mitglieder, die insgesamt 25,6 Prozent ausmacht, ist die deutsche Gewerkschaftsbewegung bezüglich der Zahl der organisierten Arbeiter an die Spitze der gewerkschaftlichen Organisationen aller Industrieländer getreten. Uns interessieren hier besonders die Zahlen der Zentralverbänden angehörenden weiblichen Mitglieder. Im Jahresdurchschnitt waren in 37 Verbänden 118.908 Arbeiterinnen organisiert, gegen 74.411 im Durchschnitt des Jahres 1905. Drei Verbände haben zusammen einen Verlust von 864 weiblichen Mitgliedern zu verzeichnen. Diefen Verlust in Abzug gebracht, betrug die Zunahme der organisierten Arbeiterinnen in 34 Verbänden 44.497 oder 59,8 Prozent. Im Jahre 1902 waren erst 4355 Arbeiterinnen in Zentralverbänden organisiert, 1900 schon 22.844. Von 1900 bis 1906 ist also eine Zunahme von 96.064 weiblichen Mitgliedern zu verzeichnen oder von 420,5 Prozent, während die Zunahme der männlichen Mitglieder in dem gleichen Zeitraum nur 138,9 Prozent betrug. Es hatten im Durchschnitt des Jahres 1906 eine Zunahme an weiblichen Mitgliedern: Textilarbeiter 16.422, Fabrikarbeiter 4.900, Metallarbeiter 4.208, Buchdruckerhilfsarbeiter 3.087, Buchbinder 2.457, Wäschearbeiter 2.069, Holzarbeiter 1.800, Schneider 1.482, Tabakarbeiter 1.461, Schuhmacher 1.436, Handlungsgehilfen 1.023, Handelstransportarbeiter 894, Hutmacher 720, Porzellanarbeiter 659, Gastwirtsgehilfen 530, Zigarrenfortierer 404, Schirmmacher 308, Brauereiarbeiter 282, Glasarbeiter 172, Portefeulierer 122, Handschuhmacher 120, Gärtner 49, Sattler 45, Lederarbeiter 44, Bäcker 34, Gemeindegeldarbeiter 28, Lagerhalter 26, Maler 23, Photographen 23, Hafnarbeiter 20, Bureauangestellte 19, Kürschner 5, Tapezierer 5, Fleischer 4.

Von den 118.903 weiblichen Mitgliedern gehörten zum Verband der Textilarbeiter 37.020, Metallarbeiter 13.806, Tabakarbeiter 12.888, Fabrikarbeiter 10.736, Buchbinder 8.718, Buchdruckerhilfsarbeiter 6.860, Schuhmacher 4.528, Wäschearbeiter 4.511, Schneider 3.567, Handlungsgehilfen 3.395, Holzarbeiter 3.005, Handels- und Transportarbeiter 1.964, Hutmacher 1.593, Porzellanarbeiter 1.434, Konditoren 960, Zigarrenfortierer 610, Gastwirtsgehilfen 571, Gemeindegeldarbeiter 434, Glasarbeiter 421, Portefeulierer 421, Brauereiarbeiter 395, Schirmmacher 332, Kürschner 226, Sattler 195, Handschuhmacher 166, Blumenarbeiter 100, Tapezierer 95, Vergolder 72, Bäcker 65, Maler 64, Lagerhalter 61, Lederarbeiter 56, Gärtner 49, Bureauangestellte 46, Photographen 23, Hafnarbeiter 20, Fleischer 7.

Besonders erfreulich für uns ist es, daß die Textilarbeiter eine so bedeutende Zunahme an weiblichen Mitgliedern zu verzeichnen haben. Offenbar hat der Erfolg der vielen durchgeführten Lohnbewegungen eine starke Werbestraft für die Gewinnung neuer weiblicher Mitglieder entfaltet. Selbst wenn wir bei der Wertung der vorliegenden Zahlen nicht außer acht lassen, daß die gesteigerte Geschäftslage der letzten Jahre und die nimmerfatte kapitalistische Profitgier das Meer der Lohnflawinnen bedeutend

vermehrt haben, kann uns doch kein scharfmacherischer Goldschreiber die bemerkenswerten Fortschritte der gewerkschaftlichen Organisation unter den Arbeiterinnen wegdiskutieren. Diese Fortschritte können jede Genosfin mit großer Genugtuung und stolzer Freude erfüllen, sie muß sie aber auch anfeuern, noch mehr als bisher für die Organisierung und Befestigung ihrer Klassenschwestern und damit für deren Befreiung aus der Lohnflawerei zu wirken!

Die Ausperrung der Tabakarbeiterinnen in Gießen zeigt ein wenig verändertes Bild. Von den an der Ausperrung beteiligten 1000 Arbeiterinnen und 200 Arbeitern sind erst 10 Personen fahnenflüchtig geworden. Die Ausgепerrten sind fest entschlossen, im Kampfe um das Koalitionsrecht auszuhalten. Wenn die Solidarität der deutschen Arbeiterklasse den Kämpfern für eine gerechte Sache auch fernerhin treu bleibt und sich durch weitere materielle Unterstützung betätigt, ist auf eine siegreiche Beendigung der Ausperrung zu hoffen.

In Stettin ist eine von den Unternehmern angebotene Generalausperrung der Schneider und Schneiderinnen der Herren- und Damenkonfektion zur Tat geworden. Etwa 9000 Personen sollen an dem Kampfe beteiligt sein, darunter etwa die Hälfte Arbeiterinnen. Ursache der Ausperrung ist, daß die Arbeiterorganisation einigen Tarifmardern unter den Unternehmern auf das Leder rückte und durch einen Nachtrag im Tarif eine präzisere Bestimmung verlangte, die dem Tarifbruch vorbeugt. Die Unternehmer fühlten sich dadurch in ihrer bisher beliebten, willkürlichen Entlohnungsart beschränkt und verweigerten die Annahme des Nachtrages.

Der Kampf im Berliner Baugewerbe hat einen gewissen Abschluß gefunden. Nachdem nun 46 Prozent der Maurer und 75 Prozent der Zimmerer zu den neuen Arbeitsbedingungen arbeiten, war ein gewisser Beharrungsstand eingetreten. Es wird deshalb von der Fortführung eines allgemeinen Streiks abgesehen, und die widerpenstigen Unternehmer sollen im Einzellampfe zur Annahme der Forderungen veranlaßt werden. Die Ausperrung der Berliner Holzarbeiter hat der Organisation 214.146 M. Kosten verursacht.

Eine größere Lohnbewegung der Hausdiener in den Berliner Warenhäusern ist im Gange. Niedrige Löhne und lange Arbeitszeiten sind selbst bei den vornehmsten Firmen gang und gäbe. Vom Vorstand des Transportarbeiterverbandes soll deshalb ein Lohnarif ausgearbeitet und den Warenhausbesitzern vorgelegt werden. Anseres Wissen sind auch weibliche Arbeitskräfte in den Lagerräumen der Warenhäuser mit dem Kuspacken und Verladen usw. der Waren beschäftigt. Wir halten es deshalb für selbstverständlich, daß diese schwerbedrückten Proletarierinnen bei der Tarifbewegung ebenfalls berücksichtigt werden.

Aber die Lage der Kellnerinnen hat das Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik zwei Studien veröffentlicht, die auf privaten Enqueten beruhen. Haben beide Enqueten wegen der starken Beschränkung des Materials auch nur bedingten Wert, so erhärten sie doch die allgemein bekannten erschreckenden Zustände im Kellnerinnenberuf: eine Arbeitszeit von 14 bis 17 Stunden, vampirartige Stellenvermittlung und oft kaum verhällte Kuppelversuche, demoralisierendes Trinkgeldeumwesen usw. Es werden von den Verfassern der beiden Studien gesetzliche Maßnahmen verlangt, so unter anderem Ausdehnung der Gewerbeinspektion auf das Wirtschaftsgewerbe, Verbot des Trinkgeldegebens, an Stelle dessen Einführung fester Lohnbezüge, Beseitigung der privaten Stellenvermittlung und Einführung einer Lehrzeit. Das sind Forderungen, die von seiten des kämpfenden Proletariats schon lange nachdrücklich erhoben werden. Leider vergeblich. Wir glauben, daß unterdessen die Rührigkeit einer Gewerkschaftsorganisation in puncto der nötigen Reformen das Schnecken tempo der Gesehgebung überholen kann und auch überholen wird. #

**Gewerkschaftliche Unterrichtskurse für Arbeiterinnen in Nürnberg.** Die Notwendigkeit, Arbeiterinnen das Studium der Arbeiterbewegung zu erleichtern, dürfte überall mehr und mehr als brennend erkannt werden. Ein großer Teil der Arbeiterinnen, die in der Bewegung mit tätig sind, versuchen durch Lesen von Fachzeitungen und Besuch von Versammlungen einen Überblick über das Kampffeld zu gewinnen, auf dem sie stehen. Ihrem mühevollen Suchen nach Kenntnissen und grundsätzlicher Klarheit müssen wir entgegenkommen. Das Streben nach Auszubildung auf einem beschwerlichen und oft nicht erfolgreichen Wege läßt viele Suchende vor der Zeit ermüden. Erleichtern wir dagegen intelligenten und lampfesmutigen Naturen das Erkennen, so hat die Arbeiterbewegung den größten Nutzen davon. Die Kleinarbeit der Agitation kann planmäßiger betrieben werden, wenn in jeder Fabrik oder größeren Werkstätte Frauen und Mädchen vorhanden sind, die das Wesen und den Zusammenhang der Arbeiterbewegung genau kennen. Besonders über die Bedeutung des Kampfes um die Koalitionsfreiheit, deren die Gewerkschaften bedürfen, über Wege und Ziele der letzteren und über viele andere Erscheinungen, wie die Unternehmerverbände und deren Taktik usw., sind die meisten Arbeiterinnen noch nicht genügend aufgeklärt, obgleich sie mitten in der Bewegung stehen. Es sind eben vom Tageskampf emporgeworfene, aber noch nicht geschulte Idealistinnen, die ihrem inneren Drange folgend freudig mitarbeiten wollen. Um diese organisiert mitkämpfenden Frauen und Mädchen planmäßig heranzubilden, werden vom Oktober d. J. ab in Nürnberg gewerkschaftliche Bildungskurse für Arbeiterinnen abgehalten. Die Kurse sind unentgeltlich, jedoch ist die Teilnahme nur gewerkschaftlich organisierten Arbeiterinnen ge-

staltet. Die Gewerkschaften haben das Recht, Vorschläge zu machen, welche Arbeiterinnen ihnen am geeignetsten für die Teilnahme am Unterricht erscheinen; andererseits haben die Arbeiterinnen selbst das Recht, sich zu melden. Bei der Anmeldung, welche auf dem Arbeitersekretariat schriftlich und mündlich entgegengenommen wird, ist der Statistikalbeleg Name, Beruf und Wohnung genau anzugeben. Die Unterzeichneten wird folgende drei Lehrstoffe behandeln: 1. die Gewerkschaftsbewegung, 2. Unternehmerverbände, 3. Arbeiterschutzgesetzgebung. Die Lehrende finden jeden 1. und 3. Donnerstag im Monat statt und dauern von abends 8 bis 10 Uhr. Die Kurse enden im Mai nächsten Jahres. Helene Grünberg-Mürnberg.

**Genossenschaftliche Rundschau.**

Mitte August wurde in Leipzig der Genossenschaftstag des Allgemeinen Verbandes deutscher Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften abgehalten. Das ist jener Verband, von dem sich vor fünf Jahren auf dem Genossenschaftstag in Kreuznach nach einer stürmischen Auseinandersetzung die sogenannte moderne Konsumvereinsbewegung abgespalten hat. Der Zentralverband deutscher Konsumvereine, der darauf 1903 in Dresden gegründet wurde, umfasst heute die große Mehrzahl und die besten und größten der deutschen Konsumvereine. Der von dem freisinnigen Politiker Dr. Crüger geleitete Allgemeine Verband vereinigt verschiedene Arten von Genossenschaften, darunter auch noch Konsumvereine, überwiegend an Zahl und Bedeutung aber Kleinbürgerliche und Kleinbäuerliche Kreditgenossenschaften. Der Verband wird von letzteren stark beeinflusst und vornehmlich in dem Bestreben geleitet, dem kleinen Mittelstand materielle Hilfe durch das Genossenschaftswesen zu bringen. Diese Tatsache hat seinerzeit zu dem Konflikt mit den Konsumvereinen geführt. Es liegt an sich keine Veranlassung vor, näher auf diesen Genossenschaftstag einzugehen; ein Vorgang jedoch darf nicht unerwähnt bleiben. Herr Dr. Crüger hatte in seinem Geschäftsbericht unter anderem auch, wie stets, einige Einwendungen gegen die moderne Konsumvereinsbewegung erhoben. Einem Herrn Weichler aus München sagte es aber nicht, daß Herr Crüger dabei leidlich sachlich geblieben war. Er monierte das und zog dann in einer geradezu unverschämten und beispiellos frivolten Weise über die „sozialdemokratischen“ Konsumvereine her. So behauptete er, daß in den Konsumvereinen des Zentralverbandes „den sozialdemokratischen Agitatoren angenehme Stellen verschafft“ würden, und daß sie „direkt Gelder zu sozialdemokratischen Wahlzwecken verwenden“ hätten. Dieser freche Angriff war selbst Herrn Crüger und auch der Leitung des Genossenschaftstages zu stark, denn sie erklärten, daß man solche Vorwürfe nicht erheben dürfe. Als sie Herrn Weichler frugen, ob er seine Behauptungen beweisen könne, erklärte er trocken, das Beweismaterial habe er „nicht zur Hand“. So wird es gemacht! Die Verlegenheit Crügers und seiner Leute über diesen Zwischenfall ist aus zwei Gründen sehr begreiflich. Erstens ist Dr. Crüger es gewesen, der in allerdings nicht so tappfischer Weise das Vorurteil gegen die Konsumvereine nicht nur genährt, sondern erst aufgebracht hat. Nun mußte er selbst erleben, daß er von konservativer Seite mit denselben Waffen bekämpft wird, mit denen er und sein Anhang die ihm nicht passenden Konsumvereine bekämpft haben. Man wirft ihm vor, daß er den Allgemeinen Verband politisch nach freisinnigen Anschauungen beeinflusse. Das hat ihm und den Herren um ihn so weh getan, daß sie eine geharnischte Protesterklärung gegen die Behauptung losgelassen haben. So ist es erklärlich, daß man dem urwüchsigen Bajuwaren aus München erklärte: Was du nicht willst, das man dir tu, das füg auch keinem anderen zu! Insofern ist der Vorfall bemerkenswert für die Arbeitergenossenschaften.

Ein eigenartiger Kampf ist zwischen der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine und dem Verband der Fabrikanten von Markenartikeln, einer Organisation von Großkaufleuten und Produzenten, entbrannt. Der Markenartikelverband umfaßt die Hersteller und Vertreter einer Reihe stark eingeführter wichtiger Konsumartikel, wie Kaffeefabrikat, Seifen, Mehlpräparate, Stärken usw. Der Verband fordert nun, daß alle Abnehmer dieser Produkte sich schriftlich verpflichten, sie im Detailverkauf nicht unter einem festgesetzten Preise zu verkaufen. Dieses Beginnen scheint der Rücksicht auf den „Mittelstand“, das Krämerium, zu entspringen. Die Krämer wollen sich auf diese Weise von den Fabrikanten gegen die „Schleuderkonkurrenz“ der großen, leistungsfähigeren Geschäfte im Kleinhandel schützen lassen. Die Großeinkaufsgesellschaft und die Konsumvereine haben es abgelehnt, den Trödel mitzumachen. Infolgedessen ist die Geschäftsverbindung mit einer Reihe Firmen gelöst, und die Konsumvereine sind mit Erfolg bemüht, gleichwertigen Ersatz zu schaffen. Die Arbeiterfrauen, die in Konsumvereinen kaufen, mögen dies berücksichtigen, wenn sie eine bisher gekaufte Ware nicht mehr bekommen.

Eine Konferenz der sächsischen Gewerbelammern proklamierte den Kampf gegen die Konsumvereine zum soundsoviellsten Male. Um die Mittel aber waren die Leute verlegen, denn alle bisher angewandten sind schon recht abgebraucht und neue sind schwer zu haben. In dem Verbot der Verteilung von Dividenden durch die Konsumvereine an ihre Mitglieder konnte die Konferenz zum Beispiel weder ein geeignetes noch ein durchführbares Mittel zur Hilfe erblicken, dagegen erklärte sie, daß die strenge Trennung der Konsumvereine und Produktivgenossenschaften zwar die Bildung selbständiger Produktivgenossenschaften neben den Konsumvereinen nicht verhindern, aber doch den schädigenden

Bestrebungen der Konsumvereine auf Erweiterung ihrer Geschäftsbetriebe eine Schranke ziehen wird. Die Konferenz wird demnach das Ministerium des Innern ersuchen, bei der Reichsregierung auf Erlass einer Bestimmung hinzuwirken, wonach es den Konsumvereinen verboten wird, gleichzeitig als Produktivgenossenschaften tätig zu sein. So haben diese Herren Mittelständler wenigstens ihr Gewissen beruhigt.

Die Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine erzielte im Monat Mai einen Umsatz von 4276011 Mk. gegen 3249547 Mk. im gleichen Monat des Vorjahres. Der Gesamtumsatz der Großeinkaufsgesellschaft erreichte in den ersten fünf Monaten dieses Jahres 21514049 Mk. gegen 16409871 Mk. in der gleichen Periode des Jahres 1906. Der Mehrumsatz beträgt demnach bereits 5104178 Mk.

Der Konsum-, Bau- und Sparverein Produktion in Hamburg entfaltet eine rege Bautätigkeit zur Errichtung von Wohnhäusern für seine Mitglieder. Es sind bereits 300 Wohnungen von der Genossenschaft errichtet und an Mitglieder vermietet. Jetzt hat die Verwaltung bekannt gegeben, daß zum 1. April 1908 weitere 48 Wohnungen und zum 1. Oktober 1908 noch 100 Wohnungen neu errichtet werden. Ferner ist in Aussicht genommen, auf dem in Barmbeck noch freiliegenden Grundstück der Genossenschaft 70 Wohnungen zu errichten. Die Wohnungen werden modern mit Loggien, Kachelöfen, Gas, elektrischen Glöden und Brausebad eingerichtet.

Der Verband schweizerischer Konsumvereine zählte nach seinem Geschäftsbericht für das Jahr 1906 287 Vereine mit 152384 Mitgliedern in 347 Gemeinden. Die Vereine erzielten in 726 Läden mit 2444 Angestellten 61814000 Fr. Umsatz. Die Rückvergütung beträgt im Durchschnitt pro Kopf 29 1/2 Fr. Der Verband gibt ein „Genossenschaftliches Volksblatt“ in einer Auflage von 92000 Exemplaren heraus, wovon ein wesentlicher Teil in französischer, ein kleiner in italienischer Sprache erscheint. Außerdem wurden gegen 100000 Broschüren zur Aufklärung über das Konsumvereinswesen verteilt und 300 Vorträge gehalten.

Nach Erhebungen des britischen Handelsamtes belief sich der Wert der britischen genossenschaftlichen Produktion im Jahre 1906 auf 351712620 Mk. Davon entfallen auf die Konsumvereine und ihre zwei Großeinkaufsgesellschaften allein rund 250 1/2 Millionen; in ihren Produktionsbetrieben waren circa 34800 Personen tätig. — Die größte Bäckerei der Welt dürfte die Genossenschaftsbäckerei in Glasgow sein. Sie beschäftigt insgesamt beinahe 1000 Personen und liefert wöchentlich allein an Brot circa 550000 Stück. Der Betrieb hat 200 Pferde und 140 Wagen im Gange, er liefert im letzten Jahre für über 8 Millionen Mark Backwaren aller Art. Es werden täglich in 120 bis 140 Öfen neben anderen Waren 24 verschiedene Sorten Brot mit etwa 7500 Zentnern Mehl gebacken.

Wir wiesen seinerzeit auf die in Aussicht gestellte Demonstration der Wiener Krämer gegen die Konsumvereine hin. Die Aktion ist inzwischen vor sich gegangen, aber recht lässig verlaufen. Wie das österreichische Konsumvereinsorgan berichtet, hatten sich höchstens circa 5000 Leute vor dem Wiener Rathaus versammelt, die aber zu einem großen Teil Neugierige, nicht „Demonstranten“ waren. Viel Geschrei und wenig Wille — das gilt von dieser christlich-sozialen Mache. Wegen der Bedeutungslosigkeit der Sache haben die Konsumvereiner gar nicht auf sie reagiert. Der Vorgang zeigt aber, daß es in Österreich nicht anders mit dem „geistigen Mistzeug“ des „Mittelstandes“ bestellt ist, wie im Reich der Gottesfurcht und frommen Sitte. H. Fl.

**Notizenteil.**

**Dienstbotenfrage.**

**Die Ausbeutung der Dienstboten durch die private Stellenvermittlung.** Aus den Büchern einer Verdingerin in Regensburg, die jetzt nicht mehr am Leben ist, geht hervor, wie gewissenlos die Dienstmädchen durch die private Stellenvermittlung ausgenutzt werden. Die erwähnte Stellenvermittlerin — deren Mann Inhaber eines sehr gutgehenden Geschäftes war, und die deshalb ihr Handwerk nur als Nebenbeschäftigung betrieb — nahm im Jahre 1896 3554,80 Mk. ein, 1897 3115,60 Mk., 1898 2054,30 Mk., 1899 1808,10 Mk. und 1900 1772,60 Mk. Sie verdiente, wie aus dem Kassenbuch zu ersehen ist, an vielen Tagen 20 bis 30 Mk. Wenn eine vermittelte Stelle als gut galt, wurden den betreffenden Mädchen 10 bis 20 Mk. abgetropft. Dabei wurde die Sache gern so gehandelt, daß die guten Zahler ihren Platz bald wieder wechselten, um aufs neue geschöpft werden zu können. Das Kassenbuch dieser Vermittlerin war wie ein Gebetbuch eingebunden; es war aus Leder und wies schöne Verzierungen auf. Wie oft mag wohl die fromme Frau, das sonderbare Gebetbuch in der Hand, in der Kirche ihren Herrgott angefleht haben, daß er ihre Ausbeutung segnen möge. In Regensburg befinden sich ungefähr zehn solcher Vermittlerinnen. Ob sich ihr Verdienst mit den Nebeneinnahmen der genannten Dame messen kann, wissen wir nicht, fest aber steht, daß ihr Geschäft sehr einträglich ist. Es ist an der Zeit, daß den gewissenlosen Vermittlerinnen das Handwerk gelegt wird. Das zu tun, liegt an den Dienstboten selbst. Sie müssen sich fest zusammenschließen und die Stellenvermittlung selbst in die Hand nehmen. Magda Hagen.

**Dienstmädchenfreuden.** Die „vornehme Herrschaften“ ihr Hauspersonal behandeln, hat den Dienstmädchen in Nürnberg und Ansbach Grund zu berechtigten Klagen gegeben. In letzterem Orte hat eine Familie zwei Mädchen und einen

Diener, deren vereinten Kräften es jedoch kaum gelingt, die besonders anspruchsvolle Herrschaft zu befriedigen. Kommt die „Gnädige“ vom Reiten oder Tennisspielen heim, so schreit sie im Hause herum, daß nichts getan sei. Aber schon ehe sie wieder forzgeht, müssen alle dienstbaren Geister um sie beschäftigt sein, damit sie so schnell wie nur irgend möglich das Haus verlassen kann. Die Segnungen, welche dem Dienstpersonal der „feinsten“ Herrschaften in beiden Orten zuteil werden, bestehen in ewigem Janz und in Überarbeit, in knappem Essen und hochmütiger Behandlung. Bei einer Herrschaft wurde der Geburtstag des kleinen Sohnes mit reichlichem Wein- und Sektfluß gefeiert. Am anderen Mittag bekam die Dienerschaft die Wirkungen des kaum ausgeschlafenen Rausches zu spüren. Die gemeinsten Nebenarten hagelten auf sie nieder, und ein Mädchen wurde mit dem Säbel in brutaler Weise auf das Hinterteil geschlagen. So wird in den vornehmen „christlichen“ Häusern die Menschenwürde mit Füßen getreten! In einem derselben wurde das Dienstmädchen eines Abends ohnmächtig. In der Angst lief das Zimmermädchen zur Herrschaft, die sich denn auch hinausbemühte und einige Rat schläge gab. Aber am anderen Tage zankte die „Gnädige“ ununterbrochen, weil das Zimmermädchen es gewagt hatte, die Herrschaft wegen des Vorkommnisses zu belästigen. Ein drastischer Beweis für die Beringschätzung, mit der die Herrschaften denen gegenüberstehen, die für den Glanz und die Behaglichkeit des Hausstandes sich mühen und tagtäglich für die Befriedigung des Gaumens und Magens sorgen. Wüßten die Dienstmädchen in Nürnberg und Ansbach aus ihren Leiden lernen und die Notwendigkeit der Organisation erkennen, die ihnen hilft, ihr Menschenrecht gegen die Baunen und maßlosen Ansprüche der Herrschaften zu verteidigen. †

**Frauenstimmrecht.**

**Die Forderung des Frauenwahlrechts in Sachsen.** Auf der sozialdemokratischen Landeskonferenz für Sachsen, welche die Taktik für die bevorstehende Landtagswahl und die Frage der Agitation gegen den Hohenthalschen Wahlrechtsentwurf eingehend erörterte, wurde von Genossin Gradnauer folgender Antrag eingebracht: „Die Unterzeichneten beantragen, die Landeskonferenz möge beschließen, daß bei der bevorstehenden Agitation zur Landtagswahl und in den Protestversammlungen gegen die Regierungsvorlage die Forderung des politischen Wahlrechts der Frauen gewürdigt und zur Beschprechung gebracht wird.“ Nachdem eine vom Genossen Lipinski eingebrachte Resolution, in der die grundsätzliche Forderung des Frauenwahlrechts enthalten ist, einstimmig angenommen worden war, zog Genossin Gradnauer ihren Antrag als erledigt zurück. Sie ersuchte jedoch die anwesenden Delegierten, darauf zu achten, daß in den Protestversammlungen gegen die Mißgeburt der sogenannten Wahlrechtsreform die Stimmung auch im Interesse der Frauen nach Möglichkeit ausgenützt würde. Der Passus der Resolution, welche die Forderung des Frauenwahlrechts einschließt, hat folgenden Wortlaut: „Die Landeskonferenz fordert das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht für alle Personen ohne Unterschied des Geschlechts über 21 Jahre für die Wahlen zum sächsischen Landtag und beschließt, die Agitation zu den diesjährigen Landtagswahlen mit allen Kräften zur Verwirklichung dieser Forderung zu führen.“ Die Resolution entspricht also dem Beschlusse, den Frauenkonferenz und Internationaler Kongreß in Sachen des Frauenwahlrechts gefaßt haben. An den Genossinnen liegt es nun an erster Stelle, dafür zu sorgen, daß in der Wahlrechtskampagne und im Wahlrechtskampfe die Forderung des Frauenwahlrechts ihrer Bedeutung gemäß vertreten wird.

**Soziale Gesetzgebung.**

**Schutzgesetz für Frauen und Jugendliche in Amerika.** Im Staate New York treten mit dem 1. Oktober d. J. neue Schutzgesetze in Kraft, nach welchen folgende vier Klassen von geschützten Arbeiterinnen und Arbeitern geschaffen werden: 1. Kinder beiderlei Geschlechts von 14 bis 16 Jahren, 2. junge Männer von 16 bis 18 Jahren, 3. junge Frauen von 16 bis 21 Jahren und 4. Frauen im Alter von über 21 Jahren. Kinder unter 14 Jahren sind von der Fabrikarbeit gänzlich ausgeschlossen. Für die jungen Leute bis zu 16 Jahren wurde die zulässige Arbeitszeit von neun auf acht Stunden pro Tag herabgesetzt, und zwar hat diese in die Zeit von 8 Uhr morgens bis 5 Uhr nachmittags zu fallen. Für die übrigen drei Klassen darf die Arbeitszeit höchstens 60 Stunden in der Woche, also 10 Stunden für den Tag, betragen. Junge Mädchen dürfen nach 9 Uhr abends nicht mehr beschäftigt werden, dagegen können Frauen von über 21 Jahren nach einem richterlichen Entschiede zu jeder Tageszeit beschäftigt werden, obgleich dasselbe Gericht die Bestimmung ausdrücklich als zu Recht bestehend anerkannte, nach der die Beschäftigung der Frauen höchstens zehn Stunden pro Tag betragen soll.

**Sittlichkeitsfrage.**

**Die Aufhebung der Reglementierung der Prostitution in Finnland** wurde vom Senat beschlossen. Statt der Polizei sollen die Gesundheitsbehörden Maßnahmen treffen gegen venerische Krankheiten. Die Einschreibung und Zwangsuntersuchung der Prostituierten ist abge schafft.

**Die Generalversammlung der internationalen aboriginalen Föderation** findet vom 19. bis 22. September in Lugano (Kanton Tessin) statt. Den Hauptverhandlungsgegenstand bildet die Sittenpolizei in verschiedener Beleuchtung: „Die Sittenpolizei und das Recht der Frau“, „Die Sittenpolizei und die öffentliche Gesundheit“, „Die Sittenpolizei und die öffentliche Moral“

## Sonnenwende.

Von Ludwig Uhland.

Nun die Sonne soll vollenden  
Ihre längste, schönste Bahn,  
Die sie zögert, sich zu wenden  
Nach dem stillen Ozean!  
Ihrer Göttin Jugendneige  
Fählt die ahnende Natur,  
Und mir dünkt, bedeutsam schweige  
Kings die abendliche Flur.

Nur die Wachtel, die sonst immer  
Frühe schmäkend weckt den Tag,  
Schlägt dem überwachten Schimmer  
Jetzt noch einen Weckeschlag,  
Und die Lerche steigt im Singen  
Hoch aus dem duft'gen Tal,  
Einen Blick noch zu erschwingen  
In den schon versunkenen Strahl.

## Das Adlernest.

Von Björnstjerne Björnson.

Endregaardene hieß ein kleines Dorf, welches, von hohen Felsenwänden eingeschlossen, einsam dalag. Der Boden, auf dem es erbaut, war eben und fruchtbar, wurde aber von einem breiten Flusse durchschnitten, der von dem Gebirge herabströmte. Dieser Fluß ergoß sich in ein weithin sichtbares Gewässer unweit des Dorfes.

Zu diesem Gewässer war auf einem Boote der Mann gekommen, der zuerst im Tal zu roden begonnen hatte; sein Name war Endre, und die jetzigen Bewohner des Dorfes waren seine Nachkommen. Einige sagten, er hätte sich wegen eines Totschlags hier hinaufgeschlüchtet, weshalb die Leute so finster aussähen; andere dagegen behaupteten, daran trügen die Felsenwände Schuld, die selbst zur Johanniszeit die Sonnenstrahlen schon nachmittags fünf Uhr nicht mehr in das Tal eindringen ließen.

Aber dem Dorfe hing ein Adlernest. Es war auf einer Felsenrippe oben im Gebirge angelegt; alle konnten sehen, wenn die Adlersie zu brüten begann, aber niemand konnte zu dem Neste hinaufgelangen. Der Adler schwebte über das Dorf hinweg, stürzte sich bald auf ein Lamm, bald auf eine junge Ziege hinab, und einmal nahm er sogar ein kleines Kind und trug es fort. Deshalb war es im Dorfe nicht sicher, solange der Adler sein Nest auf der Felsenrippe hatte. Unter den Leuten ging die Sage, in alten Zeiten wären zwei Brüder gewesen, die das Nest erreicht und zerstört hätten; aber in jetziger Zeit war niemand imstande, dahin zu gelangen.

Wo sich zwei im Dorfe begegneten, sprachen sie von dem Adlernest und schauten empor. Man wußte, wann die Adler in dem neuen Jahre wieder angekommen waren, wo sie sich hinabgestürzt und Schaden angerichtet, und wer zuletzt den Versuch gemacht hatte, hinaufzuklettern. Die Jugend übte sich von Kindesbeinen an, Berge und Bäume zu ersteigen, und vor allem im Ringkampf, um dereinst das Nest erreichen und gleich den erwähnten beiden Brüdern zerstören zu können.

Zu der Zeit, von der hier die Rede ist, hieß der tüchtigste Bursche im Dorfe Leff. Er stammte nicht von Endre ab, hatte krauses Haar und kleine Augen, trieb allerlei Spaß und liebte die Frauen. Er rühmte sich schon in jungen Jahren, er würde einmal zu dem Adlernest emporklettern; aber alte Leute sagten, er dürfte es nicht so laut sagen.

Dies feuerte ihn an, und noch ehe er in sein bestes Alter getreten war, unternahm er das Ersteigen der Felsenrippe. Es war ein heller Sonntagvormittag im Anfang des Sommers; die Jungen mußten jetzt gerade ausgebrütet sein. Eine zahlreiche Menschenmenge hatte sich unter der Felsenwand versammelt. Die Alten rieten ab und die Jugend riet zu. Aber er hörte nur auf sein eigenes Verlangen, wartete deshalb, bis die Adlersie ihr Nest verließ, machte dann einen Sprung und hing in einem Baume mehrere Ellen von der Erde. Derselbe wuchs aus einer Spalte hervor, und diese Spalte begann er aufwärts zu klettern. Kleine Steine lösten sich unter seinem Fuße, Kies und Erde rollte hinab, sonst herrschte tiefste Stille; nur der Fluß im Hintergrunde strömte mit gedämpftem, beständigem Brausen seiner Mündung zu. Schroffer und schroffer wurde die Felsenwand; lange hing er an der einen Hand, suchte mit dem Fuß nach einem Stützpunkt und konnte nicht hinschauen. Viele, namentlich Frauen, wandten sich ab und sagten, dies hätte er nicht getan, wenn er noch Eltern am Leben hätte. Er fand jedoch einen festen Halt, suchte dann wieder, jetzt mit der Hand, jetzt mit dem Fuße; es gab nach, er glitt, aber hing gleich wieder fest. Die Untenstehenden konnten gegenseitig ihre Atemzüge hören. Da erhob sich ein hochgewachsenes junges Mädchen, welches einsam auf einem Steine saß. Sie sollte sich ihm schon als Kind verlobt haben, obgleich er nicht zu der Verwandtschaft der Dorfbewohner gehörte. Sie streckte die Arme empor und rief:

„Leff, Leff, weshalb tust du dies?“ Alles Volk wandte sich nach ihr hin, der Vater stand daneben, aber sie erkannte ihn nicht. „Steige wieder herab, Leff,“ rief sie; „ich liebe dich, und dort oben hast du nichts zu gewinnen!“ Man sah, daß er sich bedachte, es währte einen oder zwei Augenblicke, aber dann kletterte er wieder höher empor. Seine Hand und sein Fuß waren wieder fest, und deshalb ging es lange gut; aber bald begann er müde zu werden, denn er ruhte oft. Wie ein Vorbote kam ein kleiner Stein angerollt, und alle, die da standen, mußten ihm mit den Augen folgen, bis er unten ankam. Einige konnten es nicht länger aushalten, sondern gingen fort. Das Mädchen allein stand aufrecht auf dem Stein, rang die Hände und blickte aufwärts.

Leff tastete wieder mit der Hand vor sich her, dann, sie sah es deutlich, ließ dieselbe plötzlich los, er faßte schnell mit der andern zu, aber auch sie ließ los. „Leff!“ rief sie, so daß es laut über die Felsenwand fort gellte, und alle anderen stimmten ein. „Er gleitet!“ riefen sie und streckten die Hände gegen ihn empor, Männer wie Weiber. Er glitt wirklich, riß Sand, Steine, Kies mit sich fort, glitt, glitt beständig, immer schneller; die Leute wandten sich ab, und dann hörten sie hinter sich an der Felsenwand ein Krachen und Knaden und gleich darauf etwas Schweres, wie ein großes Stück nasser Erde herabfallen.

Als sie wieder Mut hatten, sich umzuschauen, lag er da, zerfettet und unkennlich. Das Mädchen lag über dem Steine, der Vater trug sie fort.

Die Jugend, die Leff am meisten zu dem Wagestück angetrieben hatte, wagte jetzt nicht einmal, Hand anzulegen und ihm Beistand zu leisten; niemand vermochte ihn anzusehen. So mußten die Alten herantreten. Der Älteste von ihnen sagte, als er zugriff: „Dies war töricht; — aber,“ fügte er hinzu und blickte aufwärts, „es ist doch gut, daß etwas so hoch hängt, daß es nicht alle Leute erreichen können.“

## Die Sau.\*

Von Ludwig Thoma.

Eines Tages begab es sich, daß die Sau des Gütlers Peter Salvermoser auf die Wanderschaft ging und durch den Jaun in das benachbarte Anwesen des hochwürdigen Herrn Pfarrers gelangte.

Sie nahm ihren Weg über die Blumenbeete, wobei sie achtlos Hyazinthen und Krokus in die Erde trat und auch mehrere Zentifolien knickte.

Nicht weniger roh benahm sie sich auf den Gemüsebeeten. Sie zog so lange Salatstauden aus dem Boden, bis sie den Geschmack derselben als unzulänglich erkannte; hierauf fraß sie verschiedene Sorten Monatrettiche und wollte eben untersuchen, ob in der tiefer gelegenen Erdschichte noch etwas Genießbares gedeihe, als sie von Fräulein Kordelia Furtwengler bemerkt wurde.

Diese war Köchin und Vorsteherin der pfarrlichen Haushaltung. Eine robuste Person mit gut entwickelten Formen und von resolutem Gebaren.

Sie griff ohne langes Besinnen nach einem handlichen Stecken und eilte zornig hinaus, um den frechen Eindringling zu treffen.

Da sie aber, wie alle Frauenzimmer, in den eigentlichen Kriegslisten wenig bewandert war, hub sie zu früh das Feldgeschrei an, so daß der Feind ihr Nahen von weitem bemerkte und rechtzeitig die Flucht ergreifen konnte.

Auf derselben richtete die Sau erhebliche Verwüstungen an, da sie das Loch im Zaune nicht alsogleich fand, sondern erst in mehrerem Hin- und Herlaufen suchen mußte.

Während sie ärgerlich grunzend heimkehrte, befahl Fräulein Kordelia den Schaden und jammerte in so lauten Tönen, daß der hochwürdige Herr seine Morgenandacht unterbrach und sich nach der Ursache der frühen Störung erkundigte.

Beim Anblick des Geschädigten wurde die Köchin von Mürhung übermannt, und sie konnte nur mühsam unter verhaltenem Schluchzen das Geschehnis berichten.

Der Pfarrer vernahm es mit erschüttertem Mißvergnügen. Zunächst, weil er selbst ein Freund der eßbaren Gartenfrüchte war, dann aber, weil die Missetäterin gerade dem Peter Salvermoser gehörte. Mit diesem hatte es seine eigene Verwandtnis.

Er war im Pfarrhof übel angeschrieben als Freigeist und lauer Christ, der im Wirtshaus nicht selten über kirchliche Einrichtungen böse Reden führte; ja, es war ruckbar geworden, daß er über die Korruption des hochwürdigen Herrn einige unflätige Wiße gemacht hatte.

Auch als Nachbar benahm er sich gröblich und drohte in geringfügigen Dingen mit Gericht und Advokaten.

Darum beschloß der Pfarrer, in diesem Falle von

der christlichen Langmut abzusehen und auf vollen Ersatz des Schadens zu dringen.

Zu dieser Absicht ließ er vom Bürgermeister einen Sühneversuch anstellen und erschien selbst, um seine Beschwerde vorzutragen. Er tat es mit vielem Nachdruck, und hätte wohl auch die meisten Pfarrkinder überzeugt, allein auf Salvermoser machten seine Worte keinen Eindruck. Peter war ein Mann von rauhen Sitten, dem der Kampf des Lebens wenig Respekt vor der Obrigkeit belassen hatte; überdies las er täglich die Zeitung und wußte deshalb mehr als mancher andere.

„I zahl durchaus gar niz,“ sagte er, „indem daß i meiner Sau des net angeschafft hab.“

„Auf diesen Einwurf war ich gefaßt,“ erwiderte der Pfarrer, „allein man hafiet auch für den Schaden, den ein Haustier betätiget. Also will es das Gesez.“

„Was?“ schrie Peter mit gehobener Stimme, „wo schteht dös? Des gibt's gor it, daß so was gschrieben is. Aba i kenn mi scho aus. Der Adel und die Geislichkeit ham 's Gesez allemol no so draht, wie f as braucht ham.“

„Du muaszt net so reden,“ mischte sich der Bürgermeister ein, „mir san net do zum Streiten, sondern zum Vergleichen.“

„I brauch loan Vergleich. I zahl durchaus gar niz. Wann der Herr Pfarrer was will, nacha soll er mei Sau verklagn.“

„Salvermoser,“ fiel hier der Diener Gottes ein, „deine Worte sind roh und verraten ein böses Gemüt.“

„Soo? Do war mi schlecht, bal mi net zahl, woß da Herr Pfarra gern möcht! Des glaab i gar net, daß Sie dös sagen derfa. I zahl meine Steuern so guat wie der Adel und die Geislichkeit! Des muaszt i wissen, ob Sie dös sagen derfa, Herrschaft Sternsakrament!“

Jetzt bedeckte der Geistliche sein Haupt und sprach im Gehen zu dem Bürgermeister: „Es sei ferne von mir, hier noch länger zu weilen! Ihr sehet selbst, daß gütige Worte an dem Freuler verschwendet wären.“

Dann begab er sich stehenden Fußes an die Bahn und fuhr nach München, woselbst er den Rechtsanwalt Samuel Rosenstock aufsuchte.

Derselbe war ein vortrefflicher Jurist und mit allen Geheimnissen der Streitkunst gar wohl vertraut. Er nahm sich des Prozesses mit Freuden an und begann ihn sofort durch eine spitzfindige Klage, worin er ausführlich darlegte, daß der bellagte Gütler für das Benehmen seiner Sau voll und ganz einzustehen habe.

Allein auch Peter Salvermoser fand den Advokaten, welchen er suchte, und dieser sagte in allem das Gegenteil von dem, was Samuel Rosenstock behauptete.

So kam es, daß sich der Prozeß in die Länge zog und die Gemüter der Streitenden sich immer mehr erhitzten.

Sie führten auch außerhalb der Gerichtshranken einen erbitterten Krieg gegen einander, und der Pfarrer herrschte sich gezwungen, des öfteren von der Kanzel herunter seine Pfarrkinder eindringlich zur Tugend und Frömmigkeit anzuhalten, auf daß sie nicht würden wie Peter Salvermoser.

Dieser hingegen tat seinem Feinde Abbruch, wo er nur konnte. Er verminderte heimlich die Anzahl der pfarrlichen Hühner und Enten, er streute vergifteten Weizen in den Taubenkobel des hochwürdigen Herrn und sorgte dafür, daß die Forellen in dem Fischlatter des Wassers entbehrten.

Auch die tugendsame Kordelia Furtwengler wurde in Mitleidenschaft gezogen. Ihre Lieblingsstange verschwand auf rätselhafter Weise, und niemand im Dorfe glaubte an den natürlichen Tod des treuen Tieres. Sie selbst wurde gröblich beschimpft von Anna Maria Salvermoser, Ehefrau des mehrgenannten Gütlers, als sie mit derselben im Backladen zusammentraf. Sie erfuhr hierbei, daß sie eine wampete Loas sei und noch mehreres andere aus dem Sprachschatz unseres Volkes.

So dauerte der Krieg in bestiger Weise fort, bis endlich das Gericht nach zwei Jahren genügender Material gesammelt hatte, um zu einem Erkenntnis zu gelangen. Es verkündete nunmehr, daß die Sau nicht in den Garten gekommen wäre, es hätte denn der Zaun nicht ein Loch gehabt. Hierfür trafe niemanden das Verschulden, als den Eigentümer des Zaunes.

Und damit hatte der Pfarrer den Prozeß verloren. Viele wunderten sich darüber, am meisten Samuel Rosenstock.

Als die Kunde von dem Geschehnis in das Dorf gelangte, überkam ein tiefer Jngzimm den hochwürdigen Herrn. Er begab sich in die Küche zu Kordelia Furtwengler und erklärte der Erstaunten die ganze bodenlose Schlechtigkeit unseres Staatswesens.

Nicht so Peter Salvermoser. Dieser gewann Vertrauen in die Einsicht der von Gott geseyten Obrigkeit und freute sich in seinem schlichten Gemüt.

\* Aus „Assessor Karichen und andere Geschichten“, Verlag von Albert Langen, München 1905.

Verantwortlich für die Redaktion: Fr. Maria Betina (Bundes), Wilhelmshöhe Post Ziegelhof bei Stuttgart. Druck und Verlag von Paul Singer in Stuttgart.